

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Herausgeber und Geschäftsleiter:**  
Erich Müllinghaus, Berlin.  
Telefon: Amt Dönhofs 4194-4195



**Abteilung für Druck und Verbreitung:**  
Berlin SW 61, Zehn-Kilometer-Platz 5  
Telefon: Gropius

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Inhalt ist nur auf Grund bekannter Tatsachen gegeben. Redaktion lehnt alle Zuschriften von dem Empfänger, wenn nicht anders verordnet ist, ab. (Artikel für beide Seiten in Berlin.)

Berlin, den 30. Mai 1933

Der Schrei nach Arbeit.

Kundgebung der Gewerkschaften.

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

SPD. Die freien Gewerkschaften haben auf ihrer grossen Kundgebung am Freitag keinen Zweifel darüber gelassen, dass die Forderung nach einem Lohnabbau auf ihren erbittertsten Widerstand stossen wird. Wenn das Unternehmertum nicht in letzter Stunde Vernunft annimmt, stehen wir vor heftigsten Wirtschaftskämpfen, die unserer Wirtschaft Unsummen kosten werden.

Wie die im Jahre 1919 einsetzende Sabotage des Achtstundentages kommt auch die Forderung nach einem Lohnabbau aus der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie. Der Fall des Stahlwerks Becker, wo man der Belegschaft, leider unter Mitwirkung der christlichen Gewerkschaften, den Lohnabbau aufzwang, wurde zum Ausgangspunkt einer systematischen Agitationsarbeit. Nach Becker folgt der Mansfeldkonzern, der seiner Belegschaft einen 15 prozentigen Lohnabbau zumutet. Wer bis dahin noch glaubte, dass Becker und Mansfeld zufällige und Einzelercheinungen seien, wurde eines anderen belehrt, als die rheinisch-westfälische Eisenindustrie die programmatische Forderung nach einem Lohnabbau aufstellte, um die Eisenpreise zu senken. Der rheinisch-westfälische Bergbau wird in den nächsten Tagen mit ähnlichen Forderungen an die Öffentlichkeit treten. Wir halten seit Jahren den Abbau der Kohlen- und Eisenpreise für unbedingt erforderlich. Diese Industrie, die im letzten Jahre durchweg ihre Dividende erhöhen konnte, ist sicherlich in der Lage, den notwendigen Preisabbau durchzuführen, ohne dass sie Löhne abbaut. Die Forderung nach Lohnabbau ist eine sinnlose Massnahme. Sie bedeutet Drosselung der Massenkaufrkraft und Verschlechterung der ganzen Wirtschaftslage.

In der oben erwähnten Kundgebung der Gewerkschaften verwies insbesondere Reichstagsabgeordneter Grassmann darauf, dass wir seit Jahren in einer Überproduktion an Rohstoffen stecken. Wir haben so viel Weizen, Roggen, Mais, Rinder, Schweine, Kartoffeln, Baumwolle, Wolle, Kunstseide, Kupfer, Zucker, Zinn, Zink und Silber, Kautschuk, Kaffee, Kohlen usw., dass wir nicht wissen, wohin mit dem Segen. Wir haben in aller Welt Fabriken, eingerichtet auf die Verarbeitung dieses Segens. Es müsste für alle Menschenkinder Brot und Kleidung in Hülle und Fülle sein. Aber die Vorräte an Rohstoffen schwellen bei uns und in Übersee an und die Fabriken können ihre Leistungsfähigkeit, ihre gegenüber dem Krieg ungeheuer gesteigerte Kapazität nicht ausnutzen. In aller Welt haben wir Industriekrisen mit Millionen und Abermillionen von Arbeitslosen, für die Brot und Fleisch ein Luxus ist, die in Lumpen herumlaufen. Die Rohstoffe erdrücken schier die Produktion und die Fabriken stehen verödet, weil die Massen nicht kaufen können. Es wird schwer sein, ein anderes zu beweisen gegenüber dem, was Grassmann auf der Kundgebung der Gewerkschaften sagte: dass hier der tiefe Grund der Krise liegt. Es fehlt an Massenkaufrkraft. Deshalb die Unordnung in der Produktion, deshalb Millionen von Menschen, die nicht Arbeit und Brot haben. Nun kommt das Unternehmertum und will Lohnabbau, will die Massenkaufr-

kraft weiter drosseln. Dieses Unternehmertum gleicht so recht jenem Münchhausen der Fabel, der sich an seinem eigenen Zopf aus dem Sumpf ziehen will. Der Teufel soll wieder einmal mit Beelzebub ausgetrieben werden.

Man weiss zur Genüge, wie das deutsche Unternehmertum seine Forderung nach Lohnabbau begründet. So wird behauptet, es fehle ihm an Kapital. Deshalb müssten die Profitquoten gesteigert und erhöht werden. Auf der Tagung der Gewerkschaft verwies Eggert demgegenüber auf die Folgen der falschen Rationalisierung, auf die Kapitalfehlleitung, die eine teure Überkapazität zur Folge hatte, auf die Erscheinung der Kapitalflucht, die es so weit gebracht hat, dass dasselbe Deutschland, das um einige Hundert Millionen Mark Kredite in New York und Paris betteln geht, im Auslande Milliarden verschobener Kapitalien unterhält, und schliesslich auf die Preisdiktatur der Kartelle. Wir stimmen Eggert zu, wenn er sagt, dass das Unternehmertum mit seiner Schwarzmalerei die Lage in der deutschen Wirtschaft viel ungünstiger darstellt, als sie ist und wir pflichten Eggert auch bei, wenn er auf der Kundgebung der Gewerkschaften behauptete, dass es Mittel gibt, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Aus Eggerts Vorschlägen dieser Art erwähnen wir nur die Forderung nach einer Konjunkturausgleichspolitik, die Verlegung der öffentlichen Aufträge in die Zeit der Wirtschaftsdepression, allgemeinen Preisabbau zu Lasten des Unternehmertums und ihrer überhöhten Profitquoten und schliesslich Eggerts Hauptvorschlag, dass Besitz und Einkommen in dieser schweren Zeit ein auskömmliches Notopfer zur Sicherstellung der Erwerbslosenunterstützung zu bringen haben. Es geht sicher, wie Eggert ausführte, ein Schrei durch das Volk: Verantwortliche, gebt Arbeit! Voraussetzung für die Erfüllung der Eggertschen Forderung ist allerdings, dass im Reich keine Finanzpolitik getrieben wird, die das Notopfer für Zwecke des allgemeinen Finanzbedarfs und nicht für die Arbeitslosen benutzt, wie auch mit einer Agrarpolitik Schluss gemacht werden muss, die die Gefahr heraufbeschwört dass mühsam errungene Handelsverträge, lebenswichtig für unseren Warenexport und unsere Wirtschaft, mir nichts dir nichts zerrissen werden.

Man fragt, wie sich die Regierung zu diesen Forderungen stellt. Die Reichregierung war auf der Tagung der Gewerkschaften durch den Reichsarbeitsminister Stegerwald vertreten. Stegerwald hat auch längere Ausführungen gemacht. Er hat viel Interessantes mitgeteilt, wirtschaftspolitischen Kleinkram, der amüsant anzuhören ist, aber keines Arbeitslosen Magen füllt. Er hat schliesslich, indem er auf die Kapitalnot der deutschen Wirtschaft verwies, eine gute Argumentation gegen die Auslandskreditpolitik der Beratungsstellen und der Regierung gegeben, der er als Reichsarbeitsminister angehört. Er hat sich weiter für das Notopfer ausgesprochen. Zu den brennenden Problemen aber, die die Gewerkschaften angeschnitten haben, sagte er nichts. Und damit gab er wohl die geistige Verfassung der Regierung wieder, die der gegenwärtigen Situation hilflos gegenübersteht.

Der Arbeiterschaft fällt wieder einmal die historische Aufgabe zu, Ordnung in Wirtschaft und damit im Staat zu schaffen, und die Arbeiterschaft muss sich in diesem geschichtlichen Augenblick darüber klar sein, dass sie sich jetzt wo die Fragen der Lastenverteilung der Entscheidung entgegen gehen, nicht mehr den Luxus von Bruderkampf und Bruderzwistigkeiten leisten kann. Die Situation erfordert eine geschlossene Arbeiterschaft in der Sozialdemokratie und in den freien Gewerkschaften. Und Grassmann hatte Recht, dass er die eindrucksvolle Kundgebung der Gewerkschaften mit der Feststellung schloss: wenn es keine Gewerkschaften gäbe, so wäre jetzt die Stunde, sie zu schaffen!

---

SPD. Halle, 30.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Schiedsspruch in der Arbeitszeitfrage der mitteldeutschen Metallindustrie ist nicht für verbindlich erklärt worden. Damit kommt nunmehr die 48 stündige Arbeitswoche in Frage.

SPD. Nun ist es wieder nichts gewesen mit der Einigung der bürgerlichen Parteien oder wenigstens eines Teiles von ihnen. Der Führer der Volkspartei, Herr Scholz, hat die Bemühungen, die er einige Wochen hindurch anstellte, als aussichtslos abbrechen müssen.

Was sollte eigentlich geeinigt werden? Etwa das Bürgertum? Nein, denn abgesehen von den Deutschnationalen wurden auch das Zentrum und die Bayerische Volkspartei zu den Besprechungen nicht hinzugezogen. Etwa der Liberalismus? Ebensowenig, denn auch wenn wir dem Begriff des Liberalismus die weiteste Auslegung geben, so passen weder die Wirtschaftspartei noch die Volkskonservativen in diesen Rahmen. Jene nicht, weil ihre ökonomischen Auffassungen sich mit liberalen Grundanschauungen - soweit sie noch existieren - nicht vereinbaren lassen, diese nicht, weil sie ganz abgesehen von den Rücksichten auf ihren Bauernflügel kulturell konservativ eingestellt sind.

Was war also die Absicht? Man wollte eine Arbeitsgemeinschaft der "staatspolitischen Mittelparteien" gründen, die sich auch bei den Wahlen auswirken sollte. So dachte man, ein gewisses Gegengewicht gegen die Sozialdemokratie zu schaffen. Aber nicht gegen die Sozialdemokratie allein. Auch gegen das Zentrum dem in der gegenwärtigen Koalition die anderen Partner zersplittert gegenüberstehen. Die Idee des evangelischen Zentrums (mit leichtem jüdischen Einschlag, wie ein Spötter sagte) spukte in einigen Köpfen.

Das Ganze hatte viel Ähnlichkeit mit dem Versuch einer Fusion industrieller Betriebe. Aber bei Parteien, die aus Menschen bestehen ist die Sache nicht so einfach. Es fehlte die feste Basis, auf der die Menschen sich zusammenführen liessen. Staatspolitik ist ein Schlagwort, und ausserdem will auch das Zentrum staatspolitisch sein. Kapitalistische Wirtschaftsauffassung ist auch kein genügend starkes Bindemittel, denn auch innerhalb ihres Bereiches gibt es Nuancen und Gegensätze, gar nicht davon zu reden, dass sich der Kapitalismus nicht konfessionell gliedern lässt. Dazu kommt dann aber noch der Partei-egoismus der einzelnen Gruppen und Grüppchen. Jede Fraktion glaubt an sich und an ihre Zukunft. Die Wirtschaftspartei hofft, den Nachbarn weitere Wählermassen abspenstig machen zu können. Die Volkskonservativen wollen unter Führung des "kleinen Bismarck" Treviranus herrlichen Zeiten entgegengehen, und der Jungdeutsche Orden sah in der ganzen Aktion nur einen Anschlag auf seinen eigenen eben erst aufgemachten Parteiladen.

Mit einem Wort: es war nichts und wird auch nichts werden. Praktisch bedeutet das, dass bei den Bürgerlichen die Neigung zu einer Reichstagsauflösung jetzt sicher nicht wachsen wird, was die Lebensdauer des Kabinetts Brüning vielleicht verlängern kann. Es bedeutet weiter, dass bei etwaigen künftigen Koalitionsbildungen nicht von vornherein alle Teilhaber des jetzigen Kabinetts auch an einer neuen Regierung beteiligt werden müssen.

SPD. Stambul, 30.Mai (Eig.Drahtb.)

In den türkischen Ostprovinzen ist eine neue grossangelegte Verschwörung der kurdischen Bevölkerungsmehrheit gegen die türkische Gewaltherrschaft aufgedeckt worden.

In Erserum, der grossen türkischen Zwingfestung im Osten, sind als die Organisatoren dieser Verschwörung neun Kurdenführer verhaftet worden. Unter ihnen befindet sich der bekannte Selaheddin Bej, der Sohn des Scheichs Said

von Gendsch. Scheich Said war der Führer und Organisator des grossen Kurdenaufstandes von 1925, der vorübergehend das ganze Teil des oberen Euphrat von den Türken säuberte und eine kurdische Selbstherrschaft errichtete. Als die türkischen Heere Kurdistan seinerzeit zurückeroberten, wurde Scheich Said gefangen genommen und mit 38 anderen Kurdenscheichs in Diarbekir als Hochverräter gehängt. Sein Sohn Selaheddin ist damals nach dem Irak geflohen, wo ihn die Engländer freundlich aufnahmen und ihn auf Staatskosten in der Kriegsschule in Bagdad ausbilden liessen. Nach dem Erlass der türkischen Amnestie kehrte Selaheddin heimlich nach der Türkei zurück und bereiste jahrelang die drangsalierten kurdischen Provinzen. Überall nahm er die alten von seinem Vater angeknüpften Verbindungen wieder auf und schaffte so schliesslich eine weitverbreitete Geheimverbindung.

Vor einigen Monaten bekamen die türkischen Behörden auf noch nicht aufgeklärte Weise, wahrscheinlich aber durch Verrat, Wind von der neuen Verschwörung gegen ihr Regime. Nach monatelanger Beobachtung der Hauptverschwörer schritt man jetzt zu ihrer Verhaftung. Die Verhafteten sind, von Truppen eskortiert, nach Ankara gebracht worden, wo ihnen demnächst der Prozess gemacht werden wird.

SPD. Mit einer gewissen Genugtuung nimmt das Blatt des "Jungdeutschen Ordens" von dem Scheitern der zwischen den Mittelparteien geführten Annäherungsverhandlungen Kenntnis. Von dem früher in diesem Organ fast täglich ausgestossenen Ruf nach Sammlung des Bürgertums ist es im Lager des Jungdeutschen Ordens seit Überwindung der zeitweise ausserordentlich schwierigen Finanzlage dieser Organisation plötzlich merkwürdig ruhig geworden. Statt der anfänglich propagierten Sammlung beabsichtigt man zunächst weiter allein zu marschieren. Der "Jungdeutsche" schreibt dazu:

Die gescheiterten Verhandlungen der alten Mittelparteien zeigen der volksnationalen Bewegung mit besonderer Deutlichkeit, wie richtig es ist, dass sie die alten Parteiführer mit ihrer überholten Taktik und ihren Geldsorgen beiseite lässt und sich darauf eingestellt hat, die einzelnen Menschen aus dem Lager der alten Parteien zu gewinnen, die mit jenem Treiben nichts zu tun haben wollen und sich zu einer volksgemeinschaftlichen Politik bekennen!

Der "Jungdeutsche Orden" tut sich damit als Konkurrenz der bürgerlichen Mitte auf. Dass auch seine Bäume trotz Hellpach und anderer Geldgeber nicht in den Himmel wachsen werden, dürften die bevorstehenden Wahlen zum sächsischen Landtag zeigen.

SPD. Paris, 30. Mai (Eig. Drahtb.)

Der polnische Aussenminister, Zaleski, ist am Donnerstag auf der Durchreise nach London in Paris eingetroffen, wo er 48 Stunden zu bleiben gedenkt. Am Freitag vormittag machte er dem Aussenminister Briand am Quai d'Orsay einen Besuch. Ob und inwieweit der deutsch-polnische Zwischenfall in Neuhöfen in der Besprechung unter vier Augen eine Rolle gespielt hat, war von amtlicher Seite nicht zu erfahren.

SPD. Stuttgart, 30. Mai (Eig. Drahtb.)

Der nach Aufdeckung unzulässiger geschäftlicher Manipulationen geflüchtete Direktor der Bank für Handel und Gewerbe in Heidenheim, Wilhelm Kicherer, konnte jetzt in München festgenommen werden. Kicherer hatte in letzter Zeit einer Zigarettenfabrik grosse Kredite eingeräumt, ohne dass er dazu von der

Verwaltung ermächtigt worden war. Ausserdem sollen die der Firma gewährten Kredite nicht ordnungsmässig verbucht worden sein. Die Bank ist durch die Manipulationen Kicherers vorübergehend in Zahlungsschwierigkeiten geraten.

SPD. Herr Artur Mahraun veröffentlicht im "Jungdeutschen" einen Briefwechsel mit General Schleicher und Reichswehrminister Groener. General Schleicher suchte Herrn Mahraun zu einer persönlichen Unterredung zu bewegen über die Behauptung, dass zwischen dem Reichswehrministerium und der Roten Armee intime Beziehungen beständen. Herr Mahraun hat eine solche Unterredung abgelehnt mit der Begründung, dass Herr Schleicher ihn nicht gedeckt habe, als er der Veröffentlichung der bekannten Denkschrift über die Schwarze Reichswehr beschuldigt worden sei. Dabei gibt Herr Mahraun zu verstehen, dass die Indiskretion aus dem Wehrministerium erfolgt sei. Auf eine Anfrage Groeners nach den Beweisen dafür, dass General Schleicher vor dem Küstriner Putsch gewarnt worden sei, ohne etwas zu unternehmen, verweist Mahraun auf die Darlegungen seiner Denkschrift von 1926.

SPD. Wien, 30. Mai (Eig. Drahtb.)

Am Freitag-Abend wurden hier alle Heimwehrfunktionäre auf ein neues Heimwehrprogramm vereidigt. Nach diesem Programm erstrebt die Heimwehr die Macht im Staat. Sie verwirft den demokratischen Parlamentarismus und den sogenannten Parteienstaat. Alle Heimwehrfunktionäre mussten sich verpflichten, eventuelle Bitten und Forderungen einer Partei den Kampfzielen der Heimwehr unbedingt unterzuordnen.

SPD. London, 30. Mai (Eig. Drahtb.)

Das Unterhaus genehmigte am Freitag in zweiter Lesung mit 280 gegen 223 Stimmen das von der Arbeiterregierung zur Verringerung der Arbeitslosigkeit bestimmte Schulgesetz. Es erhöht in England und Wales für 400 000 Kinder das schulpflichtige Alter um ein Jahr. Für Schottland, wo die Arbeitslosigkeit am stärksten ist, wird in den nächsten Tagen ein ähnliches Schulgesetz dem Unterhaus unterbreitet. Die Mehrheit für dieses Gesetz ist ebenfalls gesichert, sodass künftig eineinhalb Millionen englische Volksschüler ein Jahr länger vom Arbeitsmarkt ferngehalten werden. Die Vorlagen belasten das Staatsbudget mit rund sechs Millionen Pfund, denen eine Ersparnis von drei Millionen Pfund an Arbeitslosengeldern gegenübersteht.

SPD. Der Reichsinnenminister wird dem Reichsrat in Anbetracht der täglichen blutigen Schlägereien zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten schon in allernächster Zeit den Entwurf eines Gesetzes über den Verkauf von Hieb- und Stichwaffen vorlegen. Nach diesem Gesetz soll der Verkauf der Hieb- und Stichwaffen ebenso wie der von Schusswaffen nur gegen Vorlegung eines polizeilichen Waffenscheines erlaubt sein. Ausserdem soll das öffentliche Tragen von Hieb- und Stichwaffen allgemein verboten werden.

Wir begrüssen das neue, an sich schon längst fällige Gesetz, sind jedoch nicht der Überzeugung, dass es dem unmöglich länger zu ertragenden Zustand der von links und rechts systematisch organisierten Zusammenstösse restlos Einhalt zu gebieten vermag. Man muss das Uebel an der Wurzel zu fassen ver-

suchen und das ist nur möglich, wenn man den Organisatoren der Zusammenstöße und den zu diesem Zweck insbesondere bei den Nationalsozialisten bestehenden Kommandos endlich das Handwerk legt. Wir hoffen deshalb, dass die zuständigen Stellen schnellstens zu den erforderlichen Massnahmen greifen und im Interesse der Staatssicherheit und der Sicherheit jedes Staatsbürgers schnellstens alle Kommandos und Vereinigungen von der Bildfläche verschwinden lassen, deren Zweck kein anderer ist als Mord und Totschlag.

-----

SPD. London, 30.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Vorsitzende der konservativen Partei, der Unterhausabgeordnete Davidson, ist von seinem Amte zurückgetreten.

Davidson, der diesen Posten seit 1924 bekleidet, wurde in den letzten Monaten von seinen Parteigenossen scharf bekämpft, und wenn er jetzt durch einen "stärkeren Mann" ersetzt wird, so geht er nachträglich als Sündenbock für die vorjährige Wahl-niederlage der Konservativen in die Wüste. Der Rücktritt Davidsons ist gleichzeitig ein Zeichen dafür, dass die Mehrheit der konservativen Partei das Steuer stärker nach rechts gedreht wissen will.

-----

SPD. Der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer gab dem Haushaltsausschuss des Reichstags am Freitag eine Übersicht über die Fehlbeträge, die der Haushalt 1930 aller Voraussicht nach aufweisen wird. Seine Mitteilungen bestätigten die von uns bereits vor einigen Tagen gegebene Darstellung. Danach rechnet die Regierung mit Mehrausgaben für die Arbeitslosenversicherung und die Krisenfürsorge von rund 600 Millionen Mark. Der Minister gab ferner eine eingehende Darstellung der voraussichtlich entstehenden Mindererträge der Steuern und Zölle, die er insgesamt auf 137 Millionen beziffert. Allerdings sind in dieser Schätzung bei den Zöllen und Verbrauchssteuern nur die voraussichtlichen Fehlbeträge für die ersten acht Monate des Rechnungsjahres enthalten, da man den Verlauf des ganzen Rechnungsjahres noch nicht überblicken könne. Der Minister gab schliesslich noch das Abschlussergebnis des Rechnungsjahres 1929 bekannt. Es weist gegenüber den bisherigen Schätzungen einen um 50 Millionen niedrigeren Fehlbetrag auf. Nähere Angaben darüber, wie sich dieser günstige Abschluss erklärt, gab der Minister nicht. Es ist anzunehmen, dass diese Minderausgaben nur dadurch entstanden sind, dass Ausgaben des Jahres 1929 in das Jahr 1930 verschoben wurden.

-----

SPD. Hamburg, 30.Mai (Eig.Drahtb.)

Das Hamburger Schwurgericht verurteilte 19 Frauen und Mädchen wegen Vergehens gegen den § 218 zu Geldstrafen zwischen 40 und 120 Mark. Ein ebenfalls angeklagter Arzt wurde wegen Mangel an Beweisen freigesprochen.

Der Prozess kam durch die geschiedene Frau des Arztes ins Rollen. Dem Arzt wurde vorgeworfen, sich der Beihilfe zur Abtreibung schuldig gemacht zu haben, indem er Patienten in eine Privatentbindungsanstalt schickte, in der nach der Anklage der Staatsanwaltschaft Abtreibungen in grossen Umfange vorgenommen worden sind. Der Inhaber dieser Privatentbindungsanstalt, ein Heilgehilfe und früherer Sanitätsfeldwebel Hagemann, der nach Aufdeckung der Vorkommnisse geflohen war, in Holland aber gefasst wurde, hat sich kurz vor seiner Überführung im Rotterdamer Gefängnis erhängt. Die übrigen Angeklagten sind Frau Z., die Schwiegermutter des Heilgehilfen und ihre Tochter, sowie Frauen und Mädchen aus allen Ständen, denen zur Last gelegt wird, dass sie haben abtreiben lassen.

Im Verlauf der Verhandlungen brachte die Schwiegermutter des verstorbenen Heilgehilfen zum Ausdruck, dass sie mit den Abtreibungen überhaupt nichts zu tun gehabt habe und auch nichts davon gewusst hätte. Das gleiche behauptete die Tochter. Zeuginnen bekundeten dagegen, dass mit ihnen über den Preis einer Abtreibung verhandelt worden sei. Der angeklagte Arzt gab zu, in drei Fällen Patienten in die Privatentbindungsanstalt entsandt zu haben. Er selbst sei aber an den Abtreibungen nicht beteiligt gewesen.

Der Prozess offenbarte deutlich jenes soziale Elend, das durch den § 218 immer wieder angerichtet wird. Es standen z.T. verheiratete Frauen unter der Anklage der Abtreibung, die schon mehrere Kinder haben und nicht imstande gewesen wären, noch mehr Kinder zu ernähren.

-----

SPD. Paris, 30. Mai (Eig. Drahtb.)

Der französische Ministerrat befasste sich am Freitag mit der Vorbereitung der am Dienstag beginnenden Sommersession der Kammer und dem Text der Tardieu'schen Programmklärung. Man verkündet, dass der Ministerpräsident sich von seiner besten Seite als "modern denkender politischer Realisator" zu zeigen gedenkt.

Im Verlauf der Diskussion der zahlreichen der Kammer schon seit Wochen vorliegenden Interpellationsanträge dürfte die Regierung einige unangenehme Stunden erleben, Immerhin hat sich ihre Stellung in letzter Zeit etwas verstärkt. Der Zwist zwischen den Sozialisten und Radikalen hat sich in der Zwischenzeit verschärft. Die Mittelparteien glauben sogar schon den Augenblick gekommen, um die trostlosen Radikalen, die sich von den Sozialisten zurückgestossen fühlen, im Schosse einer republikanischen Konzentration zu empfangen. So hat die Gruppe der demokratischen Allianz, der u.a. Finanzminister Reynaud angehört, den Radikalen aufs wärmste empfohlen, sich für die Konzentration zu entscheiden und sogar der grosse Reaktionär Marin hat sich auf dem Kongress der republikanischen Föderation in Marseille bereit erklärt, mit den "patriotischen Elementen" unter den Radikalen in einer Konzentration zusammenzuarbeiten.

Unter den vorliegenden Interpellationsanträgen sind die beiden von den Sozialisten Blum und Frossard zu erwähnen, die den Postbeamtenstreik, die Massregelungen durch die Regierung und ihren Eingriff in das Koalitionsrecht der Beamten zum Gegenstand haben.

-----

SPD. Anlässlich der Beratung des Etats des Reichsfinanzministeriums nahm die Sozialdemokratie Gelegenheit, der Hetze der Deutschnationalen und der Mittelständler gegen die Konsumgenossenschaften ein schnelles Ende zu bereiten. Anlass dazu bot die deutschnationale Interpellation mit der Behauptung, der Konsumverein Görlitz habe Millionen an Steuern hinterzogen und sei zur Nachzahlung von mehr als einer Million Mark und zu einer erheblichen Steuerstrafe verurteilt worden. Die Interpellation enthält ferner das Verlangen, einen Erlass des Reichsfinanzministeriums über die steuerrechtliche Stellung der Genossenschaften wieder aufzuheben.

Abg. Dr. Hertz (Soz) bat den Reichsfinanzminister zu diesen Vorwürfen Stellung zu nehmen und zu bestätigen :

1. dass von einer Steuerhinterziehung des Konsumvereins Görlitz keine Rede sein kann, und dass keine Steuerstrafe festgesetzt worden ist,
2. dass der Konsumverein Görlitz nicht anders behandelt worden ist als andere Genossenschaften, auch die der Einzelhändler,
3. dass die Niederschlagung von Steuern auf Grund des Erlasses des Reichsfinanzministers vom 5. Juli allen Genossenschaften, auch denen des Mittel-

standes zugute gekommen ist,

4. dass diese Niederschlagung nicht nur auf Anregung des freien Ausschusses der deutschen Genossenschaftsverbände, sondern auch auf Antrag des sogenannten Edeka-Verbandes der Einzelhändler erfolgt ist.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer erklärte zu den Fragen des Abg. Dr. Hertz, dass die Behauptung über eine vorsätzliche Steuerhinterziehung des Konsumvereins Görlitz und die Festsetzung einer Steuerstrafe im Millionenbetrag in vollem Umfang unzutreffend sei. Es sei überhaupt kein Strafverfahren eingeleitet worden. Er bestätigte auch, dass der Erlass des Reichsfinanzministers sich auf alle Genossenschaften bezogen habe, und dass er notwendig gewesen sei wegen der Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes.

Auch der Redner der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Cremer, und der Sprecher des Zentrums, Abg. Schlack anerkannten, dass Grund zu Vorwürfen gegen die Reichsfinanzverwaltung wegen ihres Erlasses über die Besteuerung der Genossenschaften ebensowenig vorhanden sei, wie zu Vorwürfen gegen den Konsumverein Görlitz wegen Steuerhinterziehung oder gar zu einem entsprechenden Vorwurf gegen alle Konsumgenossenschaften.

-----  
SPD. Bombay, 30.Mai (Eig.Drahtb.)

Die Lage in Indien hat sich seit Freitag etwas entspannt. Ausser verschiedenen Angriffen auf Salzdepots, wobei es zu mehreren Verhaftungen und Verletzungen Freiwilliger kam, waren am Freitag keine Unruhen zu verzeichnen. Es hat den Anschein, als schreckten die indischen Wirtschaftler vor einer weiteren Schädigung des indischen Wirtschaftslebens zurück. Die blutigen Ereignisse in Rangoon, die mehr sozialen als nationalen Ursprung hatten, lagen weder im Sinne der indischen Kapitalisten noch der Gandhi-Bewegung. Nur dadurch ist es zu verstehen, wenn aus den verschiedensten indischen Industriegegenden und von allen wirtschaftlichen Organisationen zum Frieden gemahnt wird.

Die nächsten Wochen werden zeigen, ob die gemässigten Kreise Indiens und vor allem die Führer der Gandhi-Bewegung die Massen noch in der Hand haben. Viel wird natürlich davon abhängen, wie weit England zu Zugeständnissen an die indische Freiheitsbewegung bereit ist.

-----  
SPD. München, 30.Mai (Eig.Drahtb.)

Die bayerische Regierungskrise ist immer noch auf dem toten Punkt, da der Ministerrat am Freitag überhaupt nicht zusammengetreten ist, und die Koalitionsparteien in der Freitag-Abendsitzung lediglich von dem Beschluss der Landesvorstandschafft des Bauernbundes Kenntnis nahmen, nach dem der Bauernbund nach wie vor die Schlachtsteuern ablehnt. Der Bauernbund als Regierungspartei will überhaupt nur wegen neuer Steuern zum Ausgleich des Haushalts mit sich reden lassen, wenn die Regierungsparteien zuvor feste Abmachungen über den Abbau des aufgeblähten bayerischen Verwaltungsapparates treffen. Er verlangt, dass bis zu einem bestimmten Zeitpunkt die acht Kreisregierungen, die in Bayern die Mittelinstanzen der Staatsverwaltung sind, vollkommen verschwinden. Lediglich die Kreisregierung der Pfalz soll als Übergang noch einige Zeit bestehen bleiben.

Da der Finanzminister bis zum 1.Juni endgültig Klarheit über die Stellungnahme der Regierungsparteien zu seinem Deckungsprogramm gefordert hat, wird die Entscheidung für Sonnabend erwartet. Zunächst ist für vormittags acht Uhr ein Ministerrat angesetzt, dem später Sitzungen der Regierungsparteien folgen sollen.

-----



SPD. London, 30.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Sonderkorrespondent des "Daily Herald" in Indien meldet, Gandhi sei bereit, seinen beim Marsch nach Wadala gegebenen Auftrag zur Gesetzesübertretung zurückzunehmen, wenn die kommende englisch-indische Konferenz Indien eine Verfassung gewährleisten, durch die Indien seine Freiheit erlangen könne.

-----

SPD. Genf, 30.Mai (Eig.Drahtb.)

Aus der vom Völkerbundssekretariat am Freitag veröffentlichten litauischen Note über Ausschreitungen von polnischen Soldaten in einem Dorfe an der Demarkationslinie im Wilnaer Gebiet und der Antwort der polnischen Regierung geht hervor, dass die Vorfälle sich auf polnischem Boden unter polnischen Staatsangehörigen abspielten. Infolgedessen kommt eine Intervention des Völkerbundes nicht in Betracht.

-----

SPD. London, 30.Mai (Eig.Drahtb.)

In den letzten Tagen war in der englischen Öffentlichkeit und in den rechtsstehenden Zeitungen mehrfach die Rede von einer parlamentarischen Union zwischen der Arbeiterpartei und den Liberalen. Arthur Henderson dementiert diese Gerüchte im Namen der Arbeiterpartei entschieden und verweist sie in das Reich der Fabel.

-----

SPD. Schanghai, 30.Mai (Eig.Drahtb.)

Inmitten des lebhaften Hafenverkehrs überfielen am Freitag neun chinesische Räuber eine Barkasse und stahlen die Arbeitsgelder der Besatzung. Der Maschinist wurde getötet, sieben Bootsleute, darunter zwei englische Ingenieure, wurden schwer verletzt.

-----

SPD. Stuttgart, 30.Mai (Eig.Drahtb.)

Am Freitag befasste sich der wirtschaftliche Beirat des "Deutschen Auslands-Instituts" anlässlich seiner Jahresversammlung nach einem Referat des Geheimrats Dr. Kastle vom Reichsverband der Deutschen Industrie über die Kolonial- und überseeische Wirtschaftspolitik u.a. mit dem Kolonialproblem. Die Redner, durchweg Mitglieder der bürgerlichen Parteien, vertraten übereinstimmend den Standpunkt, dass der koloniale Gedanke und der Wunsch nach kolonialer Betätigung vom moralischen, wirtschaftlichen und politischen Standpunkt aus für das deutsche Volk zu vertreten sei. Die Frage, ob man sich mit der Wiedergewinnung von Kolonien befassen oder lediglich eine koloniallose überseeische Handelspolitik treiben soll, wurde von den meisten Rednern in dem Sinne entschieden, dass beides notwendig sei. - Der Ausschuss beschloss schliesslich noch, dem Führer des "Graf Zeppelin", Dr. Eckener, die höchste Ehrung, die das Deutsche Auslands-Institut für Verdienste um das Volkstum vergibt, den "Deutschen Ring" zu überreichen.

Der Reichsaussenminister, der den Veranstaltungen des Beirats beiwohnte, äusserte sich im Verlauf der Veranstaltungen, dass er aus Fortsetzung der Tradition Stresemanns, aber auch aus eigenem Bedürfnis die Beziehungen zum Deutschen Auslands-Institut und allen mit ihm verbundenen Kreisen pflegen werde. "Dem Volkstumsgedanken, so fuhr der Reichsaussenminister fort, gehört die Zukunft. Wir Deutsche dürfen ihn mit gutem Gewissen auch anderen Nationen gegenüber vertreten. Denn der echte Volkstumsgedanke schliesst fremdes Volkstum

keineswegs aus, sondern fordert es geradezu. Die Erkenntnis, dass eine Zusammenarbeit des Volkstums verschiedener Prägung möglich ist und die Durchdringung der politischen Praxis mit dieser Erkenntnis ist eine der Voraussetzungen für eine wirkliche Befriedung und gedeihliche Entwicklung Europas. Kein deutscher Außenminister wird die Tatsache übersehen wollen, dass in Europa ausserhalb des deutschen Reiches etwa 9 bis 10 Millionen Angehörige des deutschen Sprach- und Volkskörpers als nationale Minderheiten unter fremden Völkern leben. Die Frage der nationalen Minderheiten ist keineswegs eine ausschliesslich oder überwiegend deutsche Frage. Seit dem Friedensvertrage beläuft sich die Gesamtzahl der nationalen Minderheiten in Europa auf insgesamt etwa 35 Millionen Seelen. Den Minderheiten sind ihre Rechte aber auch ausdrücklich in bindender Form Ende des Weltkrieges von den alliierten Mächten bestätigt worden und zwar in besonderen Minderheitenschutzverträgen, die unter die Garantie des Völkerbundes gestellt sind. Leider muss festgestellt werden, dass diese Verträge und Erklärungen in der überwiegenden Mehrheit noch fern von ihrer Erfüllung sind. Alle Einsichtigen wissen, dass der Kampf der Minderheiten nicht gegen den Staat als solchen gerichtet ist. Sie wehren sich lediglich gegen den überstützten Souveränitätsbegriff, der in seiner schroffen Auswirkung der Quell harter Bedrückung und Ungerechtigkeit des herrschenden Volkes gegenüber den Minderheiten ist. Die Minderheiten denken gar nicht daran, die Staaten, in denen sie leben, innerlich aushöhlen zu wollen. Es muss mit der Zeit möglich sein, eine befriedigende Synthese zwischen den Interessen der Minderheiten und dem Staatsganzen zu finden. Die öffentliche Meinung der Welt ist immer entschiedener davon überzeugt, dass nur zufriedengestellte Minderheiten mit innerer Bereitwilligkeit ihre Pflichten gegenüber dem Staate erfüllen, und damit nicht nur Stützpfeiler ihres eigenen Staatsganzen, sondern auch ein wichtiger Faktor zur Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu auswärtigen Staaten sein werden. Die Minderheiten werden dann die festeste Brücke der Völkerverständigung bilden. Jeder Schritt auf diesem Wege bedeutet einen wertvollen Beitrag zur Befriedung Europas. Hier fällt auch dem Völkerbund eine wichtige Aufgabe zu, der er sich nicht entziehen kann, wenn er seiner Rolle als Wegbereiter für eine neue Welt gerecht werden soll. Nicht umsonst hat daher mein Amtsvorgänger den Völkerbund immer wieder an seine Pflichten erinnert."

"Ich für meine Person, so schloss dr. Curtius, bin ebenso jederzeit bereit an Lösungsmöglichkeiten mitzuwirken. In den furchtbaren Zeiten, die seit dem Zusammenbruch des Jahres 1918 und seit der Inflation des Jahres 1923 hinter uns liegen, sind drei für das Schicksal des Deutschen Volkes entscheidende Faktoren gerettet worden: die Währung, die Einigkeit des Reiches und der deutsche Volkstumsgedanke. Wer sich zurückversetzt in die Zeiten des Tiefstandes, muss das Zusammenwachsen aller deutscher Volkssplitter und die dauernde Vertiefung und Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls wie ein Wunder betrachten. Angleichende Politik wird dafür zu sorgen haben, dass die rechte Synthese gefunden und auf breiter Volkstumsbasis ein glücklicheres Deutschland geschaffen wird."

-----

SPD. London, 30. Mai (Eig. Drahtb.)

Obwohl das Landesverteidigungskomitee den Bau des Kanaltunnels zurückgewiesen hat, ist über diesen Plan noch nicht das letzte Wort gesprochen. Die Arbeiterregierung steht auf dem Standpunkt, dass diese Frage in erster Linie eine wirtschaftliche Angelegenheit sei. Ausser dem Landesverteidigungskomitee hat sich inzwischen ein Wirtschaftskomitee mit dem Kanalprojekt befasst und sich entgegen den Militärs für den Bau geäußert.

-----

# Glossen

## ERSCHEINT NACHBEDARF

### Der politische Kardinal.

SPD. In München amtiert seine Eminenz Kardinal Faulhaber, der Kardinal der Bayerischen Volkspartei. Er ist bekannt durch seinen Ausspruch über die Revolution, der seitdem allen gedient hat, die die Republik und ihre Verfassung beschimpfen wollten.

Kardinal Faulhaber hat wieder eine politische Rede geredet und zwar diesmal bei der Wallfahrt der Münchener Männer nach Alt-Oetting. Er sprach über den Bolschewismus und beklagte sich, dass die deutsche Regierung dem Botschafter am Vatikan verboten habe, an einer Messe teilzunehmen, die der Papst für das Ende der Religionsverfolgungen in Russland abgehalten habe.

Der Herr Kardinal Faulhaber hat vom Bolschewismus allerdings eine sehr seltsame Auffassung. Er führte aus :

"Der russische Bolschewismus in Deutschland gibt uns noch mehr zu denken als der russische Bolschewismus in Russland. Sie haben es wohl gelesen. Vor zwei Tagen wurden im Reichstagsausschuss die Bestimmungen über den Eid festgelegt, dass nicht bloss der Name Gottes ganz weggelassen werden soll, sondern es wird auch das Wort Eid oder Schwur weggelassen, weil ja damit der Begriff Gott verbunden wäre. Das ist auch ein Zeichen der Zeit, wie wieder ein Stück Religion aus dem öffentlichen Leben ausgestrichen werden soll, das ist auch wieder ein Stück Weg nach Moskau, dass der Name Gott schon gar nicht mehr genannt und auch nicht mehr in einem Eid enthalten sein soll."

Die Sache liegt nun so: Dieser Antrag im Rechtsausschuss des Reichstags über die Abschaffung des Eides wurde gestellt von dem protestantischen Doktor der Theologie, dem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Strathmann. Herr Strathmann erscheint also dem Kardinal Faulhaber als Vorkämpfer des Bolschewismus in Deutschland, als Propagandist der Gottlosigkeit, der auf dem Weg nach Moskau führend vorangehe. Das hätte sich Herr Strathmann nicht träumen lassen, als er aus Frömmigkeit seinen Antrag stellte. Gott bei der Eides- und Meineidsjustiz von heute ist für viele Fromme eine sehr peinliche Angelegenheit und es hat mancher gedacht, dass es eher eine Blasphemie sei bei einem Schwur über einen Kohlkopf um 50 Pfg. oder anderer belangloser Dinge den Namen Gottes anzurufen.

Aber der Kardinal Faulhaber will es. Für ihn ist die Mehrheit des Reichstagsausschusses eine Ausgeburt des russischen Bolschewismus. Es wäre besser, wenn der Kardinal der Bayerischen Volkspartei die politischen Reden seinem Parteifreund, dem Ministerpräsidenten Held überlassen würde. Der hält sie zwar auch nicht besser und gescheiter, aber da er nun einmal Ministerpräsident ist, bewegt er sich dabei doch immerhin im Rahmen seiner Zuständigkeit.

### Sein erhabener Souverän.

Kürzlich hat sich der neue rumänische Gesandte in Berlin dem Reichspräsidenten vorgestellt. Seine offizielle Ansprache begann mit den folgenden Worten "Ich habe die hohe Ehre, Euer Exzellenz das Schreiben Seiner Majestät des Königs, mein allerhöchster Herr, hiermit zu überreichen, womit Er mich als ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei dem Deutschen Reich beglaubigt. Indem mich mein erhabener Souverän mit dieser Aufgabe betraute, hat Er mir die Anweisung erteilt, bei dieser Gelegenheit Euer Exzellenz seiner freundschaftlichen Geneigtheit zu versichern."

Der Reichspräsident antwortete :

"Ich freue mich, aus Ihren Händen das Schreiben entgegenzunehmen, wodurch Seine Majestät der König von Rumänien Sie als ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei mir beglaubigt."

Es geht nichts über das diplomatische Zeremoniell! Sein erhabener Souverän sein allerhöchster Herr, der ihm die Anweisung erteilt und ihn mit dieser Aufgabe betraut hat, ist bekanntlich - ein Knabe von sechs Jahren.

#### Hakenkreuz-Phantasie.

---

Der bekannte Hakenkreuzler Julius Streicher hatte in seinem Blättchen ein Aufsatz über einen Vortrag veröffentlicht, den angeblich zwei Rabbiner gehalten hatten. Dieser Vortrag strotzte von schmutzigen Gemeinheiten über christliche Frauen. Wegen des Kommentars des Herrn Streicher wurde gegen ihn ein Verfahren wegen Religionsvergehens eingeleitet. In der Verhandlung stellte sich heraus, dass die beiden Rabbiner, die den Vortrag gehalten haben sollten, überhaupt nicht existieren, dass vielmehr das ihnen zugeschobene pornographische Machwerk eine eigene Erfindung der Redaktion des Streicherblattes war. Der Schmutz gegen den diese Leute angeblich kämpfen, ist in ihren eigenen Köpfen, ihre eigene schmutzige Phantasie spiegelt ihnen die Trugbilder vor, gegen die sie ankämpfen.

Als das Verhalten des Herrn Streicher vom Staatsanwalt treffend charakterisiert wurde, schrie ihn der Angeklagte an, dass er den Staatsanwalt draussen im Privatleben züchtigen würde. Womit er wohl andeuten wollte, dass er nach revolverjournalistischen Manieren sich nun mit dem Staatsanwalt befassen würde

Dieser Mann ist eine sehr geehrte Zierde der Partei der Herren Hitler und Frick !

#### Von honorigen Berufen.

---

Am Stand der Heeresfachschule für Landwirtschaft beim deutschen Reichsheer auf der Landwirtschaftsausstellung in Köln liest man den folgenden Spruch:

Pflug und Schwertführen

das sind die wahren Berufe für den Mann.

Da nicht alle Deutschen Reichswehrleutnants sein können, auch nicht alle in der Landwirtschaft arbeiten, so müssten alle die, die mit der Hand und dem Kopf ihrem Berufe nachgehen, ohne Pflug und Schwert zu führen, keine Männer sein. Die Deutschen, die nach Ansicht der Reichswehr keinen honorigen Beruf haben, sind allerdings sehr erheblich in der Überzahl !

#### Nationalistenromantik.

---

In den "Bremer Nachrichten" liest man das folgende Inserat :

"Suche für zehn Nationalisten einen geeigneten Raum, Boden oder Keller-raum bevorzugt. Preisangebote unter N.N. beim Verlag erbeten."

Nationalisten wären demnach Leute, die mit Vorliebe auf Böden oder in Kellern umherkriechen. Was haben sie dort zu suchen? Wollen die zehn Bremer Nationalisten neue Bomben fabrizieren oder wollen sie das Requisit der Nationalisten, Schiesszeuge, Dolche und Schlagringe verstecken? Oder wollen sie nur romantische, geheimnisvolle Versammlungen abhalten? Man lacht über solche Nationalität von offenbar jugendlichen Leuten? Es ist nichts darüber zu lachen, denn diese Boden- und Kellerromantik geht leider in Deutschland Hand in Hand mit dem Verbrechen, das die Nationalisten täglich neu häufen !

# Aus aller Welt

## Der Mord der Frau von Eisen.

(Sensationsprozess in Amerika - Kinder, die im Wege standen. - Verhör im dritten Grade.- Eine verstockte Angeklagte. - Die Sühne)

SPD. Die Frau von Eisen.... So nannten sie der Staatsanwalt und der Untersuchungsrichter, als sie nach mehrtägigem Verhör im dritten Grade nichts gestand, immer noch ihre Nerven in Gewalt behielt und fast bis zum Schluss, als sie wegen der ihr zur Last gelegten Ermordung ihrer Kinder zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, noch höhnisch lächelte. Wo hartgesottene Sünder, wo blutdürstige Mörder schon nach kurzer Zeit ein Geständnis ablegten, im fürchterlichen amerikanischen "Grilling", verriet Gladys May Parks nicht ein Wort von der Schuld, die auf ihrem Gewissen lastete.

Gladys May Parks hat kalte stechende Augen, ist blond, hübsch und eine junge Witwe. Alan Rogers war der Mann, mit dem sie eine neue Ehe zu schließen beabsichtigte. Der reiche Geschäftsmann war nicht abgeneigt. Die Verlobung fand vorigen Herbst in New Jersey statt, man sah das junge Paar oft in New Yorker Vergnügungsstätten. Gladys war ausgelassen, toll darauf erpicht, das Leben zu genießen, etwas zynisch, wie die Freunde sagten, aber die Frau, die Alan Rogers brauchte. Zwei Kinder, Dorothy und Jim, hatte der Geschäftsmann noch aus seiner früheren Ehe. Gladys sollte ihnen eine neue Mutter werden. Die Kinder liebten die Frau mit den kalten harten Augen nicht. Jim und Dorothy blieben nicht gern in ihrer Gesellschaft. Aber es musste sein, Alan Rogers war häufig in Geschäftsreisen unterwegs. Vier Wochen blieb er über Weihnachten in Südamerika. Jim und Dorothy lebten im Hause von Gladys. Alles schien gutzugehen. Schien....

Kürzlich gerieten die Bewohner des kleinen Ortes Camden, in dem Gladys damals wohnte, in grösste Aufregung. Kinder spielten in einem nahen Gehölz und fanden unter Steinen versteckt einen Gegenstand, der ihre besondere Aufmerksamkeit hervorrief. Ein Neunjähriger nahm sich das Ding als Andenken mit nach Hause. Auf der Strasse hielt ein Schutzmann den Jungen an. Es gab einen grossen Menschauflauf. Auf einem Stock trug der Neunjährige einen halbverbrannten menschlichen Schädel, den er im Walde gefunden hatte....

Die Aufklärung vollzog sich Schlag auf Schlag. In dem Walde fand man an der gleichen Stelle noch einen zweiten Schädel. Menschliche Knochen, die die Spuren einer Verbrennung zeigten, lagen daneben. Der Arzt erklärte, dass es sich um die Knochen von Kindern handelte. Gleichzeitig wurde bekannt, dass Dorothy und Jim Rogers seit zwei Wochen verschwunden waren. Spurlos, wie Mrs. Gladys May Parks sagte. Sie sind ermordet worden, ermordet von ihrer zukünftigen Mutter, meinte der Staatsanwalt und wies darauf hin, dass man in der Küche der Mrs. Parks Aschenreste und Blutspuren gefunden hatte.

Die Frau mit den stechenden unbarmherzigen Augen wurde verhaftet. Sie leugnete leidenschaftlich, sie antwortete zynisch, sie blieb auch im Grilling unb besiegt. Man weckte Mrs. Parks mitten in der Nacht und verhörte sie, man legte die Gebeine der beiden Kinder in der Zelle nieder und verhörte Mrs. Gladys May Parks; man belauschte ihre Träume; man liess sie hungern, stellte in Reichweite ein schmackhaftes Mahl auf - es war alles vergebens. Diese Frau schien von Eisen. Sie schwieg, sie lachte.... Lachte, dass den Staatsanwalt und den Untersuchungsrichter ein Schauer ergriff; dass die Richter, die jetzt zu urteilen hatten, und die Geschworenen von Camden erschrakten. Der Verlobte, Alan Rogers, trat als Zeuge auf, beschwor die Angeklagte die Wahrheit zu sagen, ihm seine Kinder wieder zu geben, es half alles nichts - Gladys May Parks, die

Frau von Eisen, schwieg wie das Grab.

Die übrigen Zeugenaussagen ergaben ein klares Bild zu Ungunsten der Angeklagten. Die Kinder hatten niemals das Haus ihrer zukünftigen Mutter verlassen. Man hatte während einer Nacht lautes Geschrei in der Villa gehört. Mehreren Zeugen fiel das verlegene Benehmen der Angeklagten auf, als man sie nach den Kindern fragte. Der Sachverständige nahm es auf seinen Eid, dass die in der Küche vorgefundenen Aschenreste den im Walde gefundenen Knochen entsprechen. Ein goldenes Kettchen, das Dorothy Rogers getragen hatte und das man später im Walde neben der Fundstätte der beiden Kinderschädel fand, bewies deutlich, wer die zwei Toten waren. Frau Parks hatte häufig die Kinder über Gebühr geschlagen und eine sadistische Freude an diesem Schauspiel gehabt. Zeugen bestätigen dies alles, kein Mensch sprach zu Gunsten der Angeklagten.

Der Staatsanwalt kam zu Wort und forderte den Tod der Frau mit den eisernen Nerven. Er brandmarkte ihre zynische Gesinnung, er lehnte jede Milde ab. Nachdem der Verteidiger für Freispruch aus Mangel an Beweisen plädiert hatte, fällten die Geschworenen ihren Spruch. Gladys May Parks wurde wegen Doppelmordes zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt. Jetzt verlor die Frau ihre Nerven. Sie sprang empor wie ein wildes Tier, sie schlug und biss um sich, dass sie nur mit Mühe gebändigt werden konnte. Mit gellender Stimme schrie sie den Geschworenen ins Gesicht, dass ihre Strafe zu hoch sei, die beiden Kinder wären ihr im Wege gewesen, ja, sie hätte sie erwürgt, ja, sie hätte ihre Leichen verbrannt und die Reste im Walde versteckt. Auch sie, Gladys May Parks habe ein Recht auf Glück....

Unter der Anwesenheit einer vor Empörung tobenden Menge, schlossen sich die Gittertore hinter der Frau von Aussen. Für 25 Jahre. Vielleicht auch für immer....

+ + +

### Wild-West in der Mark.

(Blutige Himmelfahrt.- Sturm im Havelland. - Wo ist Ribarcik?)

SPD. In einem Wald zwischen Werder und Brandenburg kam es am Himmelfahrtstage zu einer schweren Schiesserei zwischen zwei Einbrechern, mehreren Oberlandjägern und Dorfbewohnern. Ein Landwirt wurde erschossen, ein Arbeiter und ein Oberlandjäger schwer verwundet. Auch einer der Verbrecher wurde lebensgefährlich verletzt.

Ein selten schöner Frühjahrmorgen ist aufgezo-gen. Wir liegen unweit des Haveldorfs Schmergow. Der Wald liegt ganz still, kein Mensch ist zu erblicken. Plötzlich ändert sich das Bild, endet die Ruhe. Von der Landstrasse her hört man erregte Stimmen. Unter einer grösseren Anzahl Menschen scheint ein heftiger Streit ausgebrochen zu sein. Vielleicht eine alkoholisierte Herrenpartie, die erheblich über den Durst getrunken hat? Doch ehe wir besondere Betrachtungen über das merkwürdige Stimmengewirr anstellen können, sind wir von aufgeregten Dörflern und mehreren Landgendarmen umringt, die sich in grosser Erregung auf uns stürzen. Einer der Zivilisten, der uns in wildem Grimm mit den Fäusten vor der Nase herumfuchtelt, ruft mit wütender Stimme: "Da ist er ja, der Schweinehund! Solch ein Halunke! Haltet ihn fest, ehe er entweicht!" Die andern starren uns ratlos und verwundert, aber doch mit offenbarem Misstrauen an. Wir sind natürlich nicht weniger erstaunt, nehmen die Sacher aber mit grossem Humor auf. Dahinter steckt doch eine immerhin nicht alltägliche Verwechslung. "Meine Herren, was wünschen Sie eigentlich von mir? Sie scheinen irgendjemand auf der Spur zu sein, aber glauben Sie wirklich, dass Sie auf der richtigen Fährte sind?" Der Mann mit den wilden Gesten fuchtelt indessen fast noch aufgeregter weiter und ruft wieder: "Machen Sie nur keine Menkenke. Die Aus-

reden kennen wir. Sie sind sicher der Lümmel, der das Fahrrad gestohlen hat!" Drei Minuten später sind alle aufgeklärt, der aufgeregte Herr ist beruhigt und wir wissen über die Gründe der morgendlichen Ruhestörung Bescheid. Ein grosses Polizei- und Dorfbewohneraufgebot ist im gesamten Havelgelände zwischen Gross-Kreutz und Ketzin unterwegs, um einem Mörder auf die Spur zu kommen....

+

Ein biederer Handwerkermeister aus Berlin wäre fast in den blutigen Feuerkampf zwischen den Verbrechern und den Oberlandjägern geraten. Der Mann, sehr aufgeregt, aber doch von dem Bewusstsein stolz geschwellt, auch so etwas wie ein Held des Tages zu sein, erzählt von seinen Erlebnissen. "Ich gehe mit meinem Sohn auf einer Wanderung gemächlich einen Waldweg entlang, als es auf einmal ganz in meiner Nähe zweimal knallt." "Duck Dich!" ruft mein Sohn, und im selben Augenblick pfeift eine blaue Bohne mir haarscharf am Ohr vorbei. Wissen Sie, es ist beinahe so wie im Krieg; ein merkwürdiges Gefühl rieselt mir den Rücken herunter. Natürlich sind wir nicht faul und werfen uns glatt auf den Boden. Es knallt noch mehrere Male, dann wird es unheimlich still. Nachdem wir einige Minuten gewartet haben, suchen wir vorsichtig die Umgebung ab, können aber im Dunkeln nichts finden. Erst später hören wir, dass diese Schüsse einen Landjäger und mehrere andere Leute schwer getroffen haben."

+

Die Dörfer rund um Gross-Kreutz und Schmergow sind in grösster Aufregung. Ueberall wird von nichts anderem gesprochen, als von dem nächtlichen Feuerkampf im Schmergow Wald. In einer Gross-Kreutzer Kneipe stehen die Leute am Schanktisch und unterhalten sich erregt über die blutigen Vorfälle. Ein Mann, der die nächtliche Jagd mitgemacht hat und zwei Minuten nach der Schiesserei an dem Tatort anlangt, stellt fest, dass die Banditen unheimlich gut geschossen hätten. "Alles Schüsse von Fachleuten. Ich kenne das vom Felde her." Ein anderer knurrt mit verbissener Wut vor sich hin: "Gleich aufhängen sollte man solche Kerle. Eine Patrone ist ja viel zu schade für dergleichen Gesindel." Sobald ein Landjäger auf der Bildfläche erscheint, stürzt sich die ganze Korona in grösster Neugier auf ihn. "Noch nichts neues vom Kriegsschauplatz?" sagt einer mit leisem Spott. "Na, wir werden den zweiten schon fangen," meint der Landjäger selbstbewusst und wichtig, erzählt, wie der Fang des ersten, des Polen Kunarski, gelang, trinkt an der Theke schnell einen Korn und verschwindet wieder.

+

Das blutige Drama, das das ganze Havelland in Atem hält, hat seinen Anfang genommen mit einem verhältnismässig harmlosen Einbruch bei einem Schmergow Landwirt, dem die beiden nachher gestellten Verbrecher ein Fahrrad gestohlen haben. Das Haus dieses Landwirts ist jetzt Ziel und Treffpunkt vieler Neugieriger. Hier kann man immer wieder hören, wie der Einbruch vor sich gegangen ist. Der Landwirt Goers kehrt nicht mehr zurück..... Aber die andern wissen sehr genau Bescheid und erzählen die Details in ausführlichster Breite. "Der Goerz hatte sich schon ein paar Stunden schlafen gelegt, als er mitten in der Nacht aufwacht, weil er im Hausflur ein verdächtiges Geräusch hört. Im Nu springt er auf, wirft sich schnell ein Kleidungsstück über und stürzt auf den Gang. Natürlich kommt er zu spät. Sein Fahrrad, das er leichtsinnigerweise draussen hatte stehen lassen, ist verschwunden, von den Dieben nichts mehr zu sehen. Sie sind über alle Berge. Da hat er denn das Dorf und die Landjäger alarmiert, und sie sind in den Wald gezogen. Plötzlich stiessen die Verfolger auf zwei schlafende Männer. Vom Geräusch wachten die Schlafenden auf und erhoben drohend zwei Pistolen. Der Landjäger rief: "Hände hoch, oder ich schiesse!" und schon wurde geschossen, von den Verbrechern aber. Sofort sank Landwirt Goerz tot zu Boden. Dann wurde der Oberlandjäger Rach und der mitverfolgende Arbeiter Gründfeld verletzt, ausserdem der Verbrecher Kunarski. Rach stürzte sich jetzt auf Kunarske. Blutend rangen beide miteinander. Als Hilfe kam, war Kunarski überwältigt, der andere Verbrecher entflohen....

+

Das Havelland fiebert. Schupo zu Fuss und zu Pferde durchstreift unentwegt das in Frage kommende Gebiet, das zum Teil von dichten Wäldern, zum Teil

von mannshohen Getreidefeldern bedeckt ist. Die Bauern, das will viel heissen, gaben ihr Einverständnis zur gründlichen Durchsuchung der Kornfelder. Da sich ausserdem noch zahlreiche Personen zur freiwilligen Hilfe anboten, konnte das ganze Havelufer zwischen Ketzin und Gross-Kreutz in der Nacht zum Freitag mit Posten besetzt werden. Es war auf diese Weise dem Flüchtling keinesfalls möglich, die Havel zu durchschwimmen und das andere Ufer zu gewinnen. Etwas fand man schon: den Rucksack und die Papiere des flüchtigen Verbrechers, Revolvermunition, Einbrecherwerkzeug, Kleidung. Die Papiere des Gesuchten lauten auf den Namen Ribarcik. Und noch etwas anderes entdeckte man: einen neuen Einbruch in der im "besetzten Gebiet" liegenden Wohnung eines Gartenarchitekten. Der Dieb hat sich nur Kleidung "besorgt". Sollte der Dieb nicht der Mörder Ribarcik sein, der sich hier Ersatz für die Sachen, die er bei seiner Flucht zurückliess, beschaffen wollte?

+ + +  
Das 21. Calmette-Opfer. Die Zahl der Lübecker Säuglinge, die ein Opfer der Fütterung mit Calmette geworden sind, hat sich auf 21 erhöht. Die Zahl der Krankheitsfälle beläuft sich auf 101.

+ + +  
Kürten vor dem Vernehmungsrichter. Aus rein formellen Gründen ist der Düsseldorfer Massenmörder Peter Kürten dem Vernehmungsrichter vorgeführt worden. Dadurch, dass der Vernehmungsrichter Haftbefehl erliess, tritt nunmehr an die Stelle der Kriminaluntersuchung das eigentliche Strafverfahren. Das Verfahren gegen Kürten wird Anfang nächster Woche durch den Untersuchungsrichter eingeleitet werden.

+ + +  
Gefängnis für einen Amnestierten? Ein Fall, der in der Justizgeschichte einzig dastehen dürfte, hat sich in Guben ereignet. Im Jahre 1919 trat der damals 16½ jährige Arbeiter Walter R. einer Grenzschutzformation als Freiwilliger bei. Später gab er seinen selbstgewählten Soldatenberuf auf und zog, da er keine Zivilkleidung besass, in seiner Uniform nach Hause. Im Jahre 1920 meldete sich R. bei der Reichswehr. Nach kurzer Dienstzeit kam seine militärische Verfehlung aus dem Jahre 1919 heraus und R. wurde dem Feldkriegsgericht der Reichswehrbrigade Nr. V Abteilung III (Frankfurt/O.) zur Aburteilung überwiesen. R. wurde wegen Vergehens gegen Paragraph 127 M.St.G.B. zu vier Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt. Als sich R., der z.Zt. in Arbeit steht, nun dieser Tage um einen Führerschein bemühte, erhielt er statt des Scheins von der Staatsanwaltschaft in Guben eine Aufforderung, die durch Urteil vom 25. Juni 1920 verhängte Strafe in Höhe von vier Monaten Gefängnis in Berlin-Tegel zu verbüssen. Der Strafantrittsbefehl wird damit begründet, dass R. nicht seiner dauernden Verpflichtung zur Meldung seines Aufenthaltsortes nachgekommen sei. R. hat sich in den Jahren, die seit dem Termin seines Fehltritts vergangen sind, nichts zu Schulden kommen lassen. Abgesehen von der unsozialen Einstellung der Gerichtsbehörden ist der Strafvollstreckungsbefehl gesetzwidrig. Die Amnestie vom 14. Juli 1928 (Reichsgesetzblatt S. 195) betraf nicht nur alle rein politischen Straftaten, sondern auch alle Taten, die auf Grund des Militärstrafgesetzbuches von Militärgerichten bis zum 1. Oktober 1920 rechtskräftig abgeurteilt worden waren. Da R. am 25. Juni 1920 von einem Militärgericht auf Grund des Militärstrafgesetzbuches verurteilt worden ist, muss die Amnestie auf ihn angewandt werden.

+ + +  
Vor dem zweiten Frenzel-Prozess. Ausser in Bornim und Potsdam stösst das juristisch kaum haltbare Zuchthausurteil gegen den Amtsvorsteher Frenzel auf einmütige Ablehnung. Die Berufungsverhandlung vor der Strafkammer wird bereits in wenigen Wochen beginnen. Vorsitzender wird Landgerichtsdirektor Hellwig sein. Ob die Verteidigung abermals von Justizrat Josephsohn und Rechtsanwalt Blumenhain durchgeführt werden wird, ist fraglich. Die sympathische Güte und Weichheit Josephsohns konnte eine bedauerliche Unkonzentriertheit und Weitschweifigkeit dieses Verteidigers kaum wettmachen. Rechtsanwalt Blumenhain arbeitet mehr mit Mitteln der Logik und zeichnete sich auch durch gute Kennt-



nis der Materie aus. Blumenhains Rückkehr in den Gerichtssaal wäre zu begrüßen; desgleichen aber erscheint nunmehr die Ladung eines speziellen Sachverständigen hinsichtlich der Bedeutung und Wertung von Kinderaussagen notwendig. Der erste Frenzel-Prozess konnte nur deshalb so katastrophal enden, weil die Gerichtsverhandlung durch die Verteidigung unzulänglich vorbereitet war. - Dringend notwendig ist nunmehr auch, dass Gertrud Frenzel in ein anderes Milieu gelangt. Wenn das hysterische Mädchen auch augenblicklich nicht in Bornim weilt, so befindet sie sich doch noch unter dem höchst negativen Einfluss von Herrn und Frau Pfarrer Schenk. Justizrat Josephsohn und Rechtsanwalt Blumenhain bemühen sich um die Durchsetzung einer anderen Pflegestelle. -

In Zeitungsartikeln und Gerichtskreisen wird folgende Kommuniké der Justizpressestelle viel erörtert:

"In dem Prozess gegen den Amtsvorsteher Frenzel wegen Blutschande hat die Zeugin Hildegard Frenzel behauptet, dass der erste Staatsanwalt Dr. Fuhrmann, der sie im Ermittlungsverfahren vernommen hat, ihr Kaffee und Kuchen angeboten habe, äusserst liebenswürdig, fast freundschaftlich zu ihr gewesen und Teile ihrer Aussagen unrichtig oder unvollständig protokolliert habe. Alle diese Behauptungen sind unrichtig. Es ist in der Hauptverhandlung von den Sachverständigen ausgeführt und auch von der Verteidigung anerkannt worden, dass Hilde Frenzel keinen Glauben verdient". -

Die Bekundungen Hilde Frenzels entstammen in der Zetierung, wie sie das amtliche Kommuniké enthält, dem Berichte des "Soz. Pressedienstes". Es ist immerhin interessant, dass der Erste Potsdamer Staatsanwalt sich gegen den Vorwurf, Kaffee und Kuchen spendiert zu haben, mit dem Hinweis auf Hildes Unglaubwürdigkeit wehren zu müssen glaubt, während andere Bekundungen der unglaubwürdigen Hilde belastend genug waren, um einen Mann, der unschuldig zu sein scheint, ins Zuchthaus zu bringen.

+ + +  
Totschlag unter Maurern. Am Freitag mittag gerieten mehrere Maurer, die auf einem Grundstück im Süden Berlins arbeiteten, in Streit, in dessen Verlauf der eine der Arbeiter seinen Kollegen mit einem Hammer erschlug. Der Tote hinterlässt Frau und Kinder. Der Täter wurde in Haft genommen.

+ + +  
Dollarfälscherprozess. Am Freitag mittag begann vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte die Verhandlung gegen die internationalen Falschmünzer, Hermann Jeremias, Ignatz Katz und Eugen Weiss, die im Herbst 1929 im Gebiet von Gross Berlin zahlreiche falsche hundert und 500 Dollarnoten vertrieben haben. Die Notizen selbst sollen von einem Mann, der der Kriminalpolizei unter dem Spitznamen "kleiner Jossel" bekannt ist, in Antwerpen hergestellt worden sein. Der "kleine Jossel" wird zurzeit noch gesucht.

+ + +  
Anklage der Lübecker Mütter. Der Ausschuss der Lübecker Eltern, die ihre Kinder durch den Calmette-Leichtsinn verloren haben, hat nunmehr seinen Protest in einer schweren Anklage formuliert. Der Protest bezeichnet die Calmette-Fütterung als grobe Fahrlässigkeit und Verantwortungslosigkeit. Das Präparat sei in fast allen Fütterungsfällen von den Hebammen als unschädlich empfohlen worden, ohne dass gleichzeitig Aufklärung darüber gegeben worden wäre, dass die Anwendung in Lübeck in diesem Ausmass erstmalig in Deutschland durchgeführt würde. Vielfach seien die Mütter unmittelbar nach der Geburt ihrer Kinder zum Einverständnis überredet worden. Sowohl in den Empfehlungen durch die Aerzte und Krankenschwestern als auch in dem den Eltern vorgelegten Merkblatt wäre der Eindruck erweckt worden, als ob es sich um eine harmlose Medizin handle. Insbesondere betont der Ausschuss der calmette-geschädigten Eltern, dass im Widerspruch zu der Bekundung der Gesundheitsbehörden alle Massnahmen zur Rettung der Kinder erst auf das Betreiben der Elternschaft hin erfolgt seien. Auf dieses Betreiben wäre es auch erst zurückzuführen, dass Hamburger Aerzte als hervorragende Sachkenner hinzu gezogen worden seien.



## Letzte Warnung!

### Arbeitslosenappell der Gewerkschaften an die Regierung.

SPD. Dem Jahre 1930 hat man nichts Gutes prophezeit. Allem Anschein nach sollen aber die düsteren Prophezeiungen durch die Ereignisse noch übertroffen werden. Stürme liegen auf der Lauer - Stürme, die die deutsche Wirtschaft in ihren Grundfesten zu erschüttern drohen. Das sprunghafte Ansteigen der Arbeitslosigkeit ist ein Sturmzeichen. Der verschärfte Angriff der Unternehmer auf den Arbeitsschutz hat die Grosse Koalition zerbrochen und eine kritische politische Situation geschaffen. Der Schiedsspruch für die Eisenindustrie Nordwest, der soeben gefällt wurde, hat ebenfalls wie ein Windstoss gewirkt. Die Unternehmer drohen mit Lohnsenkung; sie wollen, da sie das Lohnniveau durch die Arbeitslosigkeit für genügend unterminiert halten, zum Generalangriff gegen die Arbeiter übergehen und ihm bei der grossen Lastenteilung so viel wie möglich aufbürden. Gefahren sind im Verzug, die von der Arbeiterschaft grösste Wachsamkeit erfordern. Kommt die Reichsregierung den Plänen des Unternehmertums entgegen, dann werden Deutschland sehr ernste Zeiten heimsuchen. Die freien Gewerkschaften haben es daher für ihre Pflicht gehalten, noch einmal, bevor es zum offenen Kampf kommt, die Reichsregierung zu warnen. In einer grossen Kundgebung, die am Freitag in den Räumen des Reichswirtschaftsrates stattfand, kam der Schrei der arbeitslosen Massen nach Arbeit und Brot zu erschütterndem Ausdruck.

Die Kundgebung wurde von Grassmann, dem zweiten Vorsitzenden des ADGB, eröffnet. Grassmann begrüßte den zur Kundgebung erschienenen Reichsarbeitsminister Stegerwald sowie die Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums. Er skizzierte mit einigen Strichen die gegenwärtige, vom Arbeitslosenproblem überschattete, gefährliche Situation im Reich. Die Gewerkschaften aller Richtungen - betonte er - hätten rechtzeitig gewarnt und gefordert, das Übel bei der Wurzel zu packen. Leider sei die Warnung nicht beherzigt worden. Die Lage sei jetzt unheimlich. Bei Worten könne es nicht mehr bleiben. Es müsse jetzt der letzte Nerv angespannt werden, um den Gefahren zu begegnen. Es sei nicht die Absicht der Gewerkschaften, nur als Ankläger aufzutreten und uferlose Debatten zu entfesseln, sondern sie wollten einen Weg zur Lösung der Schwierigkeiten zeigen. Dieser Weg solle durch ein Referat Spiedts "Für den Schutz der Arbeitskraft" und einen Vortrag Eggerts "Gegen wirtschaftliche Katastrophenpolitik" geschildert werden.

Franz Spiedt, Leiter der sozialpolitischen Abteilung des ADGB, behandelte mit Eindringlichkeit und tiefer Sachkenntnis die Arbeitslosenfrage, die nach der neuen Verschärfung der Lage auf dem Arbeitsmarkt ein so ernstes Gesicht erhalten hat. Der Kampf der Unternehmer gegen den Arbeitsschutz, führte Spiedt aus, war von Anfang an auch ein Kampf gegen das Lohnniveau und nicht nur eine Folge der Schwierigkeiten der Reichsfinanzen. Wenn die Arbeitslosenversicherung infolge der neuen Steigerung der Arbeitslosigkeit mit einer Verschuldung gegenüber dem Reich von fast 800 Millionen heute in der Tat zu einer der schwersten Belastungen des Reichsetats geworden ist, so ist dafür weder eine falsche Konstruktion der Versicherung noch ein unrationell arbeitender Verwaltungsapparat noch ein ins Gewicht fallender Missbrauch der Leistungen, sondern ausschliesslich die furchtbare Arbeitslosigkeit verantwortlich. Die

Lage ist so bedrohlich, dass die Presse wirklich allen Anlass hätte, alle Irrführungen der Öffentlichkeit zu unterlassen. Es ist unerhört, dass ein Teil der Blätter noch immer mit der Missbrauchlegende die Öffentlichkeit gegen die Arbeitslosen aufzuputschen versucht, und auf die Bitte um genaue und konkrete Angaben mit feigen Ausflüchten sich um die Antwort drückt. Neuerdings ist sogar ein Büro geschaffen worden, dessen Aufgabe es ist, verunglimpfende Artikel gegen die Sozialversicherung in die Presse zu lancieren. Das Büro erhält vertragsgemäss für jeden abgedruckten Hetzartikel 10 Mark (Hört! Hört!). Keine Versicherungsanstalt wird so auf Herz und Nieren geprüft wie die Reichsanstalt. Nicht weniger als fünf Prüfungsstellen sind einschliesslich des Sparkommissars und des Rechnungshofes damit beschäftigt, nachzuforschen, ob die Reichsanstalt sparsam arbeitet. Das Ziel der Angriffe gegen die Arbeitslosenversicherung ist die Zerstörung des Rechtsanspruches. Man will aus der Arbeitslosenunterstützung ein Almosen machen. Um die Verschuldung der Reichsanstalt zu senken, will man den Arbeitslosenschutz durch kleinlichen und schikanösen Abbau aushöhlen. Dabei steht längst fest, dass keinerlei Reformen wesentliche finanzielle Entlastungen bringen könnten. Auch die Beschlüsse, die der Vorstand der Reichsanstalt gegen die Stimmen der massgebenden Gewerkschaften gefasst hat, können diesen Erfolg nicht haben. Ihre Ersparnis ist gering, aber die daraus entspringende berechtigte Empörung in der gesamten von ihnen betroffenen Arbeitnehmerschaft ist gross. Irrig ist auch die Auffassung, dass die zur Durchführung der Arbeitslosenversicherung notwendigen Mittel durch den Abbau sonstiger Sozialleistungen insbesondere der Krankenversicherung eingespart werden könnten.

Spliedt wandte sich nach seinem scharfen Protest gegen den geplanten neuen Leistungsabbau an den Reichsarbeitsminister und richtete an ihn die Frage: "Was haben die amtlichen Stellen vor?" Die Arbeiterschaft erwartet mit Spannung die neuen Vorschläge des Reichsarbeitsministers in der Arbeitslosenfrage. Das Zentrum will mit dem Abbau der Unterstützung der höheren Lohnklassen das Saisonarbeiterproblem lösen. Wer keine 52 Wochen Arbeit aufzuweisen hat, soll nur Krisenunterstützung erhalten. Bisher hatten die Saisonarbeiter nur in der Zeit der berufsüblichen Arbeitslosigkeit gekürzte Unterstützung. Jetzt will man sie von der vollen Unterstützung für das ganze Jahr ausschliessen. Und wie steht es mit den Ausgesteuerten? 65% davon fallen der Wohlfahrt zur Last. Die allgemeine Erweiterung der Krisenunterstützung kann keinen Tag länger aufgeschoben werden. Drei Millionen Arbeitslose sind ein lebendiger Protest gegen die verkehrte Wirtschaftspolitik. Soll die Antwort auf diesen Protest in einem Lohnabbau bestehen? Statt Hebung der Kaufkraft Schwächung der Kaufkraft? Soll die Arbeitszeit noch nicht dem Stand der Technik angepasst werden? Man treibt mit der Geduld der Arbeiterschaft ein gefährliches Spiel. Die Gewerkschaften werden sich - wir sagen das mit aller Deutlichkeit der Regierung - wie eine Mauer gegen den Abbau des Arbeitslosenschutzes stemmen.

Eggert, der Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des ADGB, geisselte die Sinnlosigkeit des Lohnsenkungsversuchs in einem Augenblick, wo die Regierung bemüht sei, die Lebensmittelpreise in die Höhe zu schrauben. Die Gewerkschaften verlangten im Gegenteil Preissenkungen, um die verminderte Kaufkraft wieder anzuregen. Das fehlende Kapital müsse zu einem Teil vom Ausland hereingeholt werden. Die Zeit sei für einen Preisabbau reif. Der neue Plan sei angenommen und damit die Möglichkeit zu weitsichtiger Kalkulation gegeben. Der Reichsbankdiskont sei gesenkt, kurzfristiges Geld sei preiswert zu haben. Für die Ankurbelung des Baumarktes müsse unbedingt jetzt etwas getan werden, sonst sei bald ein ganzes Jahr nutzlos vorübergegangen. Der Schrei nach Arbeit, der durchs Volk gehe, müsse von der Reichsregierung gehört und beherzigt werden. Das Notopfer der Allgemeinheit müsse kommen.

Der Reichsarbeitsminister Stegerwald sprach lang und viel und in vielen Punkten ganz interessant. Allein über wichtige Fragen schwieg er sich aus. Er

hielt eine Art Vorlesung über die Kunst des - nach seiner Auffassung Möglichen. Er führte aus: Die Arbeitslosenkrise in Deutschland, England und in den Vereinigten Staaten ist eine Weltkrise, eine Folge grosser struktureller Wandlungen. Die Produktionskapazität in Industrie und Landwirtschaft ist dem Bedarf weit voraus geeilt. In den letzten Jahren ist in einigen Ländern der Bedarf weitgehend vorfinanziert worden, so z.B. bei uns durch die Gemeinden beim Wohnungsbau. Die Landwirtschaft arbeitet schon längere Zeit mit grosser Unterbilanz. Der Kapitalmarkt ist verknappt. Es ist leicht gefordert, Arbeit für die Arbeitslosen zu schaffen. Um zwei Millionen Arbeitslose normal beschäftigen zu können, sind sechs Milliarden Mark notwendig - ein Betrag, den keine Regierung zusammenbringen kann. Aus einer Wirtschaft können nicht beliebig Ausgaben herausgepresst werden, wenn noch etwas für die Lohn- und Gehaltsquote übrig bleiben soll. Die Lage ist ernst. Durch verschiedene bereits in Angriff genommene Massnahmen hofft die Reichsregierung in Kürze 120 bis 150 000 Arbeitern, vor allem Bauarbeitern Arbeit und Brot verschaffen zu können. Für 500 bis 600 000 Arbeitslose, die wir dieses Jahr mehr haben, müssen neue Mittel beschafft werden. Wir brauchen 2 Milliarden für Unterstützung. Eine Verschleppung der Lösung der Finanzfrage ist nicht möglich. Man kann nicht bis zum Zusammentritt eines neuen Reichstags warten. Mit dem § 48 kann man das Problem auch nicht lösen.

An positiven Vorschlägen konnte der Reichsarbeitsminister nur wenig mitteilen. Er sprach sich für eine begrenzte Beitragserhöhung aus, die mit einer begrenzten Reform parallel gehen müsse, und ebenso setzte er sich für das Notopfer ein.-

In der Aussprache gab Croner vom Afa-Bund nach einer kurzen kritischen Beleuchtung der Ersatzkassen-Forderung der bürgerlichen Angestelltenverbände das Gelöbnis ab, dass die freien Angestellten den Kampf um die Arbeitslosenversicherung Schulter an Schulter mit den Arbeitern führen werden. - Bernhard vom Deutschen Baugewerksbund schilderte das furchtbare Elend der arbeitslosen Bauarbeiter. Er forderte dringend von der Regierung Hilfsmassnahmen zur Belebung des Baumarktes, vor allem Förderung des Wohnungs- und Strassenbaus sowie Reparaturarbeiten für die Altwohnungen. Er erinnerte den Reichsarbeitsminister daran, dass der Reichskanzler Brüning vor einigen Jahren erklärt habe, Geld für Wohnungsbau sei sicherlich ebenso produktiv wie das für Industriebauten. - Schöller vom Textilarbeiterverband forderte im Hinblick auf die scharfe Rationalisierung Verkürzung der Arbeitszeit. Mit besonderer Energie wandte er sich gegen den Unterstützungsabbau bei der verheirateten Frau, die wie z.B. die grosse Masse der Textilarbeiterinnen, doch wahrhaftig nicht zu ihrem Vergnügen in die Fabrik gehe. - Brandes vom Deutschen Metallarbeiterverband besprach eingehend die Bedeutung des Schiedsspruchs für die nordwestdeutsche Eisenindustrie durch den der schon lang vorbereitete grosse Lohnabbau jetzt eingeleitet werden solle. An Hand hieb- und stichfester Zahlen führte er den Nachweis, dass der Preisabbau in der Eisenindustrie längs fällig war. "Ich kann nicht annehmen," sagte Brandes mit erhobener Stimme zu dem Reichsarbeitsminister, "dass vom Reichsarbeitsministerium eine allgemeine Lohnkürzung durch eine Verbindlichkeitserklärung unterstützt wird. Das Reichsarbeitsministerium würde damit eine ungeheure Verantwortung für unheilvolle Folgen übernehmen."

In seinem Schlusswort warf Grassmann einen Blick auf die aufreizenden Wirkungen des kapitalistischen Wirtschaftsystems, in dem bei einem Übermass an Produktion Hunger und Elend herrschen. Gerade die Nutzniesser dieser Zustände seien in erster Linie verpflichtet, zur Linderung der Arbeitslosennot durch ein Notopfer beizutragen. Die Arbeiterschaft denke nicht daran, sich mit einer festen gebundenen Hilfssumme des Reichs für die Reichsanstalt abzufinden. Wer den Arbeitswillen der Arbeitslosen anzweifelt, der müsse zunächst einmal für Arbeit sorgen. Die Arbeiterschaft aber müsse jetzt alle ihre Kräfte zusammenraffen, um in den kommenden Stürmen aushalten zu können. Besser denn je müsse

sie heute erkennen, dass, wenn es keine Gewerkschaften gäbe, sie in einer Zeit wie der unsrigen geschaffen werden müssten, da ohne sie der Arbeitende und der Arbeitslose von Lohndruck und Arbeitslosigkeit zermalmt würden.

---

SPD. Der Schiedsspruch für die nordwestliche Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie ist - das kommt jetzt auch in der bürgerlichen Presse zum Ausdruck - ein Liebesdienst für die Schwerindustriellen. So sieht sich der Essener Korrespondent der "Frankfurter Zeitung", obwohl er den Spruch als eine "Tat" begrüsst, veranlasst, ihn als eine Deckung für den Rückzug der Schwerindustrie von ihrer falschen Preispolitik zu charakterisieren. Im übrigen meint der Korrespondent: Die Tatsache, dass die Schwerindustrie, die in den Vorjahren aus ihrem hundertprozentigen Eisenmonopol trotz aller ihrer Klagen erhebliche Erlöse habe ziehen können, in der absinkenden Konjunktur solange an den hohen Preisen festgehalten habe, bis es nicht mehr gegangen sei, müsse sie jetzt verpflichtet, nicht den Pfennig der Lohnersparnis gegen den Pfennig der Preissenkung aufzurechnen, sondern über die ersparte Lohnsumme hinaus auch ihrerseits weitere Opfer zur Ankurbelung zu bringen.

Der Essener Korrespondent der "Frankfurter Zeitung" ist ein grosser Optimist. Was wird aus den zehn Prozent Lohnabbau werden? Neun Prozent werden die Schwerindustriellen und der Handel einstecken; für den Preisabbau aber wird nicht viel übrig bleiben. Dieser Preisabbau war notwendig und möglich auch ohne Lohnsenkung. Der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Brandes, hat am Freitag auf der grossen Kundgebung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Arbeitslosenfrage den zahlenmässigen Nachweis dafür erbracht, In England waren bei erheblich höheren Löhnen die Eisenpreise gleichzeitig wesentlich niedriger als in Deutschland. Die Preise für Giessereiroh-eisen standen am 15.4.1929 in England 63 - 69 Mark die Tonne, in Deutschland 85 Mark; im März 1930 betrug der Preis in England 60-62, in Deutschland 85 Mark. Der deutsche Inlandspreis wurde hochgehalten, der Ausfuhrpreis gesenkt. Die Folge war, dass der Produktionsindex von 137,4 auf 139,1 und der Grosshandelsindex für Maschinen von 141,5 auf 145,5 stieg. Die Erzpreise sind gefallen. Die Frachtrate für fremde Erze ist 1,50 bis 2.00 niedriger als im April. Das Schrott ist ebenfalls billiger geworden. Bei einer Belegschaftssteigerung von 5% stieg die Roheisenerzeugung um 50%, die Kokserzeugung um 76%, die Rohstahlerzeugung um 40%. Trotz verschlechterter Konjunktur konnten die Dividenden im letzten Geschäftsjahr erhöht werden. Das alles zeigt, dass wohl eine Preissenkung, nicht aber eine Lohnsenkung in der Schwerindustrie längst notwendig war.

---

SPD. Der österreichische Nationalrat hat am Freitag den sozialdemokratischen Antrag, das bereits im Jahre 1926 beschlossene Gesetz über die Alters- und Invalidenversicherung am 1. Januar 1931 in Kraft zu setzen, abgelehnt. Alle bürgerlichen Parteien stimmten gegen den Antrag. Das Ergebnis der Abstimmung wurde von den Sozialdemokraten mit stürmischen Protestrufen aufgenommen.

---

SPD. In Dänemark wurde für die Kutscher und Schofföre ein Lohnabkommen auf die Dauer von zwei Jahren abgeschlossen. Die bisherigen Lohnsätze wurden beibehalten.

---

## Schiele und der notleidende Handel.

SPD. Die Art und Weise, wie der Reichsernährungsminister Schiele mit dem System der Einfuhrscheine (Exportprämie) umgeht, ist zum öffentlichen Skandal geworden. Mit Wirkung ab 13. Mai 1930 hat der Ernährungsminister eine Erhöhung der Einfuhrscheine für Getreide und eine Ausdehnung dieser Exportprämien auf Vieh und Fleischarten durchgesetzt. Um eine ins Ungemessene steigende Belastung der Reichskassen durch diese Erhöhung der Exportprämien zu verhindern, forderte der Reichsfinanzminister, dass die erhöhten Einfuhrscheine nur für begrenzte Ausfuhrkontingente gewährt werden dürfen. Für Hafer wurde dieses Kontingent auf rund 50 000 Tonnen festgesetzt.

Diese Handhabung des Einfuhrscheinsystems hat sich insbesondere beim Haferexport zu einer unerhörten Subvention des Handels entwickelt. In der Praxis haben sich die Dinge folgendermassen gestaltet: Der Handel musste damit rechnen, dass nach Erzielung des Ausfuhrkontingents von zirka 50 000 Tonnen die Höhe des Einfuhrscheins wieder von 90 Mark auf 60 Mark pro Tonne reduziert wird. Bei den vom Handel an die Landwirtschaft bezahlten Preisen konnte daher der erhöhte Einfuhrschein überhaupt nicht angerechnet werden. Die Landwirtschaft hätte, selbst wenn der ganze zu exportierende Hafer erst nach Inkrafttreten des erhöhten Einfuhrscheines der Landwirtschaft abgekauft worden wäre, nicht die Preise für Hafer vom Handel erhalten können wie bisher, da der Händler ja immer Gefahr lief, nach Abschluss des Geschäftes von der Reichsfinanzverwaltung zu erfahren, dass sein Haferexport nicht mehr unter das Kontingent erhöhter Einfuhrscheine fällt. In der Kalkulation des Handels konnte daher nur der bisherige Einfuhrschein von 60 Mark eingesetzt werden, der darübergehende Einfuhrschein stellte einen Lotteriegewinn mit ganz ungewisser Ziehung für den Händler dar.

Nun kommt aber hinzu, dass sich der weitaus grösste Teil der genannten 50 000 Tonnen bereits vor Erhöhung der Einfuhrscheine im Besitz des Handels befand und in den Exporthäfen gelagert wurde, um sofort nach Inkrafttreten der erhöhten Einfuhrscheine exportiert zu werden. Längere Zeit vor der Einfuhrscheinerhöhung war der Haferexport vom Handel völlig abgestoppt, um erst die Einfuhrscheinerhöhung zwecks Erzielung höherer Profite abzuwarten. Die Tatsachenentwicklung hat die Befürchtungen, dass sich die Belastung der Reichskasse aus der Erhöhung der Einfuhrscheine in ein Lotteriegeschäft für den Handel verwandeln würde, vollauf bestätigt. Bereits in den ersten drei Tagen nach der Einfuhrscheinerhöhung sind von dem an den Hafenplätzen lagernden Hafer 20 000 Tonnen exportiert worden. Inzwischen ist das Exportkontingent von 50 000 Tonnen längst überschritten. Der Reichsfinanzminister musste daher für die Zeit vom 4. Juni ab die erteilung von Exportprämien bei der Haferausfuhr völlig sperren.

Bis zu diesem Zeitpunkt konnte der Handel bei dem erhöhten Einfuhrschein noch gute Geschäfte machen; insgesamt dürften dem Handel durch Schuld des Landbundesministers Schiele Geschenke in Höhe von rund 2 bis 3 Millionen Mark von der Reichskasse gemacht werden. Für die deutsche Landwirtschaft dagegen haben die erhöhten Exportprämien nicht den geringsten Nutzen gehabt. Vielmehr dürfte der Schaden, den die Landwirtschaft durch die jetzt notwendig gewordene völlige Sperrung der Einfuhrscheine in Form einer Preissenkung er-

leidet, nicht unbeträchtlich sein. Für das Geschenk des erhöhten und deswegen kontingierten Einfuhrscheins wird auch Schiele bei seinen Landbundfreunden wenig an Popularität gewinnen.

Die Landwirtschaft wird aus diesem Falle lernen müssen, dass ein Elefant im Porzellanladen eben Scherben macht, besonders, wenn seine Freunde ihn ständig zu neuen Ruhmestagen aufmuntern. Wir aber haben einen neuen Beweis dafür, wozu das Geld der deutschen Steuerzahler unter einer Bürgerblockregierung verwendet wird!

---

SPD. Zwischen drei mächtigen Metallkonzernen Europas ist jetzt eine Interessengemeinschaft abgeschlossen worden, die für das künftige Kräfteverhältnis in der internationalen Metallwirtschaft von grösster Bedeutung ist.

An dem Abkommen sind die Metallgesellschaft in Frankfurt, der grösste deutsche Konzern seiner Art, sowie die stärkste englische Metallgruppe der British Metal Corporation und der führende belgische Konzern der Société Générale des Minerais in Brüssel beteiligt. Zunächst sieht der Vertrag einen Austausch von 10 Millionen Mark Aktien der Metallgesellschaft gegen 12 Millionen des britischen Konzerns vor. Danach wird sich das britische Unternehmen gleichfalls durch Aktienaustausch bei der belgischen Gruppe beteiligen. Das Zentrum dieser internationalen Interessengemeinschaft bildet die Verwaltungsgesellschaft des englischen Konzerns, die Amalgamated Metal Corporation.

Die Folge dieses Abkommens ist, dass drei der kapitalstärksten europäischen Metallkonzerne, bei denen zusammen ein Kapital von mehr als 200 Millionen Mark konzentriert ist, nunmehr in engster Interessengemeinschaft zusammenarbeiten werden. Ihre stärkste Stellung liegt auf dem Zink-, Zinn- und Blei-gebiet, auf dem ihnen sehr bedeutende Erzminen zur Verfügung stehen. Von entscheidender Bedeutung für die künftige internationale Kupferpolitik ist, dass die hochwertigen Kupferminen der Katangagesellschaft (Nordafrika) sowie die in Kürze den Betrieb aufnehmenden Kupferminen in Rhodesia unter der Kontrolle dieser Interessengemeinschaft stehen. Durch diesen Zusammenschluss erwächst den amerikanischen Kupferkönigen ein in Zukunft sehr ernst zu nehmender Gegner.

---

SPD. Die Deutsche Schiffs- und Maschinenbau A. G. in Bremen (Deschimag) erzielte für das Jahr 1929 einen Geschäftsgewinn von 17,74 Millionen Mark. Die Abschreibungen verringerten sich von 2,97 Millionen auf 2,19 Millionen. Nach Berücksichtigung der Handelsunkosten usw. und nach Verrechnung des Gewinnvortrages aus dem Vorjahre bleibt ein Verlust von 7,34 Millionen Mark. Im Vorjahr wurde ein Gewinn von einer halben Million Mark erzielt. Der Verlust wird dadurch gedeckt, dass nominell 11 Millionen Aktien eingezogen wurden.

---

SPD. Wie der Deutsche Kalkbund G. m. b. H. mitteilt, hat sich die Erzeugung von Brantkalk im Jahre 1929 gegenüber dem Vorjahre nur gering, um 1,4 % vermindert. Im Absatz ist ein Rückgang von 1,5 % eingetreten. Der Ausfall konnte durch die bessere Geschäftslage anderer Produkte ausgeglichen werden.

---

## Börsenwoche

(vom 26. bis 31. Mai.)

SPD. Die Börse ist innerhalb weniger Tage wieder einmal um einige bittere Erfahrungen reicher geworden. In zwei Fällen hat man ihr mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig lässt, gezeigt, dass sie der Spielball der Grossen ist und dass deren Interessen und Wünsche den lebenswichtigen Forderungen der Börse voran gesetzt werden. Macht geht vor Recht. Hier hört auch die Einigkeit des Kapitalismus auf! Dass die Kleinen und Kleinsten an der Börse, unter ihnen vor allem auch das spekulierende Publikum, die Zeche bezahlen müssen, kann nicht einmal ein bedauerndes Achselzucken der Börsengewaltigen auslösen. Das aber ist der wahre und innerste Grund der heutigen, oft beklagten Zustände an der Börse, der Grund der Interessenlosigkeit weiterer Kreise, vor allem auch des Auslandes.

Am Markt der Aktien der Deutschen Erdölgesellschaft taucht plötzlich das Gerücht von einer Dividendensteigerung von 6 auf 7 Prozent auf. Der Kurs steigt darauf auf 102 Prozent. Dann verlautet wieder, dass die Dividende unverändert bleiben werde. Die massgebende Bank widerspricht nicht: der Kurs sinkt auf 94 Prozent. Überraschend beschliesst dann der Aufsichtsrat doch eine erhöhte Dividende von 7 Prozent und wieder springt der Kurs auf Pari. Was bedeuten diese Vorgänge? Man kann es der Börse nicht verübeln, wenn sie glaubt, dass hier eingeweihte Kreise ihre Privatgeschäfte gemacht haben und zwar zu Lasten der kleinen Käufer, die natürlich viel Geld verloren haben. Weshalb aber greift in solchen Fällen das führende Bankhaus nicht entscheidend ein?

Das gleiche Bankhaus hat seit geraumer Zeit das Gerücht von einer 6 prozentigen Dividende bei der Algemeenen Kunstzijde Unie (Aku) nicht nur unwidersprochen gelassen, sondern durch seine Käufe noch unterstrichen. Das Papier lag daraufhin begreiflicherweise recht fest. Plötzlich stellt sich jedoch heraus, dass es wider Erwarten keine Dividende gibt. Wieder ein Kursrückschlag unter Pari, eine Überraschung, die das führende Bankhaus hätte vermeiden müssen. Ist das mangelnde Aktivität oder übergrosse Aktivität? Die Börse stellt immer wieder solche Fragen, sie muss sie stellen, denn solche Verwirrungen gehen zu ihren Lasten. Der Aktionär aber fühlt sich mit Recht an der Nase herumgeführt und meidet die Börse.

Solche widersprechenden Bewegungen sind aber überhaupt der Inhalt unserer derzeitigen Börsen. Grosse Gewinne und ebensogrosse Verluste halten sich etwa das Gleichgewicht. Das zeigt deutlich die für die Abrechnung der Zeitgeschäfte aufgestellte Kursliste für Mai. Es ergaben sich gegen April gewaltige Verschiebungen, die das Börsenbild grell beleuchten. So stiegen die Salzdetfurthaktien, trotzdem die Dividende von 13,5 Prozent inzwischen vom Kurse abgezogen wurde, von 390 auf 423 Prozent, die Schultheissaktien von 296 auf 323 Prozent und die Aktien der Ostwerke von 253 auf 270 Prozent. Von den Kaliaktien gingen weiter bei Aschersleben inzwischen neun Prozent und bei Westeregeln ebenfalls neun Prozent Dividende ab. Trotzdem erhöhten sich die Kurse von 223 auf 230 bzw. von 228 auf 234 Prozent. Selbst I.G. Farbenindustrie konnten ihren Kurs von 177 auf 188 Prozent steigern.

Demgegenüber verloren die Aktien der Hotelbetriebsgesellschaft nicht weniger als 18 Punkte in der gleichen Zeit, indem sie von 159 auf 141 Prozent zurückgingen. Ilse Bergbau Aktien sanken von 230 auf 218 Prozent und Mansfeldaktien von 85 auf 76 Prozent. Selbst die international gehandelten Papiere erlitten ansehnliche Verluste. Chadeaktien gaben von 367 auf 351 Mark pro Stück und Svenskaaktien (der Konzern des schwedischen Zündholzkönigs Kreuger) von 350 auf 328 Mark pro Stück nach, wobei allerdings bei letzteren der Abschlag der Dividende von etwa 11 Mark mit einzurechnen ist. Es sind also eine ganze Anzahl von schweren Verlusten festzustellen, die sehr wohl an anderen Papieren der oben erwähnten Gattung erzielte Gewinne vernichtet haben können.

So zeichnet sich das Bild klar ab: keine Börsen mit klarer Tendenz, sondern reine Spielbörsen. Wo eine starke Bank dahinter sitzt, wird der Kurs getrieben; die übrigen Werte gehen meist im Kurs zurück.



## Hafergeschäft tot.

(Berliner Getreidebörse vom 30. Mai.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Freitag in recht ruhiger Haltung bei geringer Geschäftstätigkeit. Am Markte der Zeitgeschäfte war Weizen etwas fester, während beim Roggen die Kurse niedriger lauteten. Im Handel mit effektiver Ware mussten die Roggenstützungen weiter kräftig fortgesetzt werden. Das angebotene Material war umfangreich und äusserst dringend, sodass die stützenden Firmen sehr scharfe Bedingungen für die Aufnahme stellten. Weizen hatte unverändert feste Tendenz bei kleinem Angebot und geringer Kauflust der Mühlen. Am Mehlmarkt zeigte sich keinerlei Kauflust. Die Forderungen der Mühlen lauteten unverändert. Das Hafergeschäft ist fast völlig zum Erliegen gekommen. Trotz wiederum nachgebender Preise zeigte sich keinerlei Kauflust.

	28.Mai	30.Mai
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	297 - 298	298 - 299
Roggen	169 - 177	172 - 177
Braugerste	-	-
Futter- und Industrieroggen	165 - 180	165 - 180
Hafer	-	-
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	32,50-40,50	32,50-40,50
Roggenmehl	21,90-25,40	21,90-25,40
Weizenkleie	8,00- 8,75	8,00- 8,75
Roggenkleie	8,25- 9,00	8,25- 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen - (Vortrag 309 $\frac{1}{2}$ ), Juli 309 $\frac{1}{2}$  bis 310 $\frac{1}{2}$  Geld (309 $\frac{1}{2}$ ), September 272 $\frac{1}{2}$ -274 (272  $\frac{3}{4}$ ). Roggen Mai 175-178 (175 $\frac{1}{2}$ ), Juli 181 $\frac{1}{2}$  (181  $\frac{3}{4}$ ), September 184 (185). Hafer Mai 147-151 Geld (151), Juli 148 $\frac{1}{2}$ -151 (151), September 152 $\frac{1}{2}$ -155 $\frac{1}{2}$  (155). Tendenz: uneinheitlich.

## Berliner Viehmarkt.

(30.Mai)

SPD. Auf dem Schweinemarkt standen etwa 9 000 Tiere zum Verkauf. Das ist die Hälfte der normalen Beschickung. Da die Baconfabrikation und der Versand grössere Posten aus dem Markt nahmen, wurde das Angebot noch knapper. Das Geschäft verlief glatt bei anziehenden Preisen. Feste Tendenz hatten auch der Kälber- und der Rindermarkt und zwar der Rindermarkt mehr als der Kälbermarkt. Auf dem Rindermarkt griff besonders der Export ein. Der Markt wurde geräumt. Auf dem Kälbermarkt bestand Nachfrage nach mittleren und geringen Tieren, die ihre Preise erhöhten konnten. Aber auch die Preise für schwere Tiere konnten behauptet werden.

Ämtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:  
Kühe: a) 46-50 (voriger Markt 44-48), b) 39-44 (38-42), c) 30-37 (30-35), d) 25-29 (24-28), Kälber: a) - (-), b) 71-80 (70-80), c) 62-70 (60-68), d) 45-60 (45-58), Schweine: a) (über 300 Pfund) 60 (58), b) (240-300 Pfd.) 61-63 (58-61), c) (200-240 Pfd.) 62-63 (59-61), d) (160-200 Pfd.) 61-63 (60-61), e) (120-160 Pfd.) 61-62 (59-61), f) (unter 120 Pfund) -, g) (Sauen) 52 (50).

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 30. Mai 1930.

Die ewige Landstrasse. +

SPD. Die hohen Gipfel, zwischen denen der bayerische Kurort liegt, blicken verwundert auf die Bergstrasse hernieder.

Die Strasse herab kommt ein Vagabund geschlichen. Sein altes, bartschwarzes, lederfarbenes Gesicht verschwindet unter einem dunklen Krempehut. Sein blauer Kittel ist um die Lenden zusammengeschnürt, seine Beine stecken in langen, grauen Hosenröhren, deren Fransen den Boden kehren. Seine Füße - Gott, seine Füße! Ein dunkles Etwas ist das, womit er sich fortbewegt, gleichgültig und ein bisschen unsicher. Er hilft der schwankenden Bewegung mit seinem rechten, behaarten Arme nach, der einen mächtigen Astknorren auf die Erde stemmt, schleift, wieder auf die Erde stemmt, wieder schleift und so fort bis ins Unendliche. Und das dunkle Etwas schleift mit... Dieses Etwas sind - man ahnt es nur - Füße. Es sind seine Füße - eine verkrustete Erdmasse... Aber der alte Vagabund, der so garnicht in diesen eleganten Kurort passt, schleppt in der Hand ein Bündel. Was ist darin? Leinentücher, Fusslappen, ehemalige Strümpfe, - und sein kostbarstes Gut: Schuhe!

Nur einmal verliert er den Krempehut und setzt sich bei dieser Gelegenheit in den Strassenstaub. Teilnahmslos und unbekümmert um die feingekleideten Kurgäste, die ihn bestaunen und vorüber gehen. Dann aber wandert er langsam seinen halb gehenden, halb schleifenden Schritt weiter. Unermüdlich.

Mittlerweile ist er in die Mitte der Ortschaft gekommen. Kinder laufen hinter ihm her. Damen wenden entsetzt ihr Antlitz fort. Sein Ledergesicht grinst. Er tritt die Strasse entlang. Die Kinder bleiben zurück. Er biegt um eine Ecke, verschwindet.

Das war alles. Es war nur ein Steinchen im wirren Mosaik dieses Kurortes, ein sonnenüberglänzetes Spiel von Linien und Bewegungen, wie alles hier in dieser Bergwelt.

Aber als der Abend violette Schleier auf die Villengärten herab senkte, sah ich ihn wieder. Seine hagere Gestalt schien gewachsen zu sein. Kalt und klar stand er nun gegen das Opalgrau des Himmels. Wirklich geworden das Spiel aus Linien, Fetzen und Stoffresten. Er lehnte vor einer spiegelglatten Scheibe, die einsam im Grau der Dämmerung schimmerte. Seine erloschenen Augen unter dem breiten Krempehut glühten auf von einem unnatürlichen Feuer. So stand er vor dem weissen Hause des Fahrradhändlers mit der grossen Spiegelscheibe: Angewurzelt wie ein Schatten der Unterwelt, der allabendlich aufsteigt. Er stand und stierte. Stierte und starrte in die Scheibe hinein. Auf die Scheibe. Hinter die Scheibe. Und seine Seele sang.

Ich hörte seine Seele singen... Was sang sie? Sie sang von den tausenden von Meilen, die unbegangen in den schlanken Motorrädern dort hinter der Scheibe schliefen. Sie sang von den mittagheissen Landstrassen, die unbefahren in den weissen Pneumas dort hinter der Scheibe ruhten. Das blinkende Metall der Fahrräder dort hinter der Scheibe berauschte ihn. Die spiegelnden Autositze die er im Halbdunkel des Fensters sah, überwältigten seine Seele. Wie viele Strassen, Länder und Kontinente könnte er mit ihnen durchwandern! Auf der ewigen Landstrasse würde er im Winde eines jagenden Vehikels dahingleiten. Dort hinter der Scheibe blinkten und lockten die unausgekosteten Möglichkeiten seiner Erdenwallfahrt. Ein Schlag mit der Faust, ein Griff, und er würde schweben durch die Dörfer und Städte! - Seine Faust krampfte sich, - - aber er